

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 95.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 16. August 1906.

Anzeigen im „Kor.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Veranstaltungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Der 12. August

— dieser denkwürdige Tag in der Geschichte unserer Organisation — hat die Erwartungen gerechtfertigt, welche an diesen Tag geknüpft wurden. Seit der Dresdner Tagung in erfreulicher Disziplin verharrend, sind die Kollegen nunmehr dem Rufe ihrer Führer in so einmütiger Weise gefolgt, daß von einem geschlossenen Aufmarsche der deutschen Gehilfenschaft gesprochen werden kann. Nicht nur an den Kreisvororten, sondern zum Teile selbst aus erheblichen Entfernungen in den einzelnen Tarifkreisen waren die Kollegen herbeigeeilt, um die Beschlüsse zu sanktionieren, welche nach vorausgegangenen langen und eingehenden Beratungen die Gewerkschafts- und Gehilfenvertreterkonferenz gefaßt hatte. Vor meist überfüllten Versammlungen konnten die berufenen Führer referieren und verständnisvoll wurde das Vorgetragene, die Begründung der gehilfenseitig zur Tarifrevision zu stellenden Anträge, aufgenommen. Ein Zug entschlossenen Willens und tatkräftigen Wollens ging durch alle Versammlungen, und die Gehilfenvertreter wurden allseitig darauf hingewiesen, daß einzelne Positionen als Minimalforderungen der Gehilfenschaft zu betrachten seien.

Wenn auch in einzelnen Versammlungen die Diskussion sich in Detailfragen erging, so war doch nirgends zu verkennen, daß in den Hauptpunkten den Versammlungen es bitter ernst war, an dem von der Konferenz Geforderten festzuhalten. Die wirtschaftliche Existenz eines buchdruckerlichen Familienwaters ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr aufrechtzuerhalten, wenn der materielle Teil des Tarifes nicht eine wesentliche Verbesserung erfahren sollte: das war der Grundton der imposanten Versammlungen. Daß die Berliner Kollegenschaft, fußend auf besonderen Schwierigkeiten, für Berlin die durchgehende Arbeitszeit forderte, wird überall im Reiche von der Kollegenschaft verstanden und unterstützt werden.

Daß die Schützlinge der Dr. Tille und Reismann-Grone, jene Leute, für welche sogar Prinzipale die Organisationsbeiträge bezahlen (siehe Wattrödt-Wittenberg), sich ebenfalls den Luxus von Tarifanträgen gestatteten, sei lediglich der Vollständigkeit und Lächerlichkeit halber erwähnt.

Wir behalten uns vor, nach der weiterhin in Gehilfenkreisen abgehaltenen Diskussion über die Tarifanträge, insonderheit auch über den Abschluß von Organisation zu Organisation und die zehnjährige Tarifdauer — welche aber bereits nach fünf Jahren eine Revision des materiellen Teiles des Tarifes zuläßt —, auf die ganze Materie näher einzugehen. Heute wollen wir nur noch feststellen, daß die gewaltigen Friedensdemonstrationen am 12. August ein glänzender Beweis sind für das Verständnis der Kollegenschaft gegenüber der gesamten Verbandstaktik. Andererseits mögen aber auch die Prinzipale nicht verkennen, daß diese von einem heiligen Ernste erfüllten Massen mit Sicherheit die Verwirklichung dessen erwarten, was nach Lage der Dinge recht und billig ist. Uns Kollegen aber möge angesichts jenes unvergeßlichen Tages das stolze Bewußtsein beherrschen, daß dieser Tag die Frucht einer langen Tätigkeit darstellt, daß nur eine furchtlose und entschlossene Taktik der Verbandsführung es möglich machte, manchmal

über den Widerspruch der eignen Mitglieder hinweg die Kollegenschaft den organisatorischen Idealen im Gewerbe näher zu bringen. Und wenn gerade in diesen Tagen, wo die Scharfmacher und Organisationszertrümmerer aufs neue ihr Haupt erheben, der Verband der Deutschen Buchdrucker als Friedensträger in einem großen nationalen und hochentwickelten Gewerbe von seiner Unternehmerschaft anerkannt wird, so war das wohl der Mühen und Opfer und Kämpfe vergangener Zeiten wert.

Einstmals befehdet, bekämpft bis aufs Blut, ausgeperrt und mit schwarzen Listen verfolgt, gehaßt und gemieden — nichts, absolut nichts konnte das feste organisatorische Gefüge unsers Verbandes zertrümmern, nichts den kollegialen und solidaren Geist der deutschen Buchdruckergehilfen brechen, bis sie endlich am Ziele jeder modernen Gewerkschaft angelangt sind: als Vertretung der Gesamtheit der Arbeiter und als wirtschaftlicher und sozialer Faktor im Gewerbe offiziell anerkannt zu sein! Und wenn dann außerdem auch die materielle Lage der Gehilfen dank der gesamten Politik des Verbandes merklich gehoben werden kann, so haben wir — unter Rücksicht auf die privatkapitalistischen Grundlagen unsers Wirtschaftslebens — erreicht, was nur irgendwie und irgendetwas einer Arbeiter-schaft möglich sein kann. „Ich war, ich bin, ich werde sein!“, dieses freiwillige Wort hätte man als Motto den Versammlungen des 12. August voranzusetzen können.

Es bleibt nur noch zu wünschen übrig, daß auch in der nächsten Zukunft der Tätigkeit der Gehilfenführer das nötige Vertrauen entgegengebracht wird, wie das im großen und ganzen am 12. August zum Ausdruck gekommen ist. Sie haben in ihren Vorberatungen alles versucht, der Kollegenschaft nützlich zu sein, und nur nach reifer Ueberlegung ist der eine oder andre Antrag abgelehnt oder in seiner gegenwärtigen Fassung beschlossen worden. In Einzelheiten wird nie eine völlige Uebereinstimmung herbeizuführen sein, weil der großen Masse oft eine gewisse intime Kenntnis der Dinge verjagt bleibt, welche für die Gehilfenführer zwingend bei der Beschlussfassung war und auch ferner sein wird. Vertrauen gegen Vertrauen — das muß jetzt gerade unser Leitern sein, und damit allein werden uns Disharmonien und noch Schlimmeres im eignen Lager erspart; wir glauben, die Spuren des Jahres 1896 schrecken gewiß alle.

Lassen wir nun den Berichterstattern über die Versammlungen des 12. August das Wort, und wünschen wir, daß der Geist, der in diesen Versammlungen so erhehend und befreiend wirkte, ein gutes Vorzeichen sein möge für den Abschluß der Tarifkampagne des Jahres 1906!

Hamburg. Der große Saal im „Lütjes Etablissement“ ist gefüllt. Kollegen aus den Nachbarorten sind erschienen; weiter vertreten sind auch Kiel, Lübeck und Schwerin. Kollege Demuth referiert in seinem einundeinhalbstündigen Vortrage in eingehender Weise über die vorliegenden Anträge. Der größte Teil der Wünsche, die in der Aprilversammlung zum Ausdruck gebracht wurden, liege jetzt, soweit übersehbar, nur realisierbar, in den Anträgen vor. Vor allen Dingen, um den Lohn, den wir als Arbeiter zu verlangen haben, mit den Verhältnissen in Einklang zu bringen, sei eine anständige Erhöhung der jetzigen Positionen notwendig. Die wirtschaftlichen Verhältnisse

hätten sich für uns bedeutend verschlechtert, unsere ganze Lebenshaltung sei zurückgegangen. Die beantragte Erhöhung um 15 Proz. sei eine Forderung, die man berechtigterweise stellen müsse. Redner geht sämtliche vorliegenden Anträge des einzelnen durch, zu denen die Vertreter auf der Gewerkschaftskonferenz nach reiflicher Erwägung gekommen seien in der Erkenntnis, daß man nicht nur zu fordern habe, sondern auch die Forderungen daraufhin zu prüfen habe, ob sie realisierbar sind. Wenn die vorliegenden Anträge zur Durchführung kämen, könnten die Kollegen wohl zufrieden sein. Die Arbeiten zur Durchführung des Tarifes seien bisher sehr einseitig verteilt gewesen. Sie haben zum größten Teile auf den Schultern der Gehilfen, speziell der Verbandsgehilfen, geruht. Der Gedanke, auch die andere Seite heranzuziehen, lag daher sehr nahe, und die verschiedenen Anträge auf Abschluß des Tarifes von Organisation zu Organisation gingen auch nach dieser Richtung. Wenn man alles abwäge, müsse man sich damit einverstanden erklären, daß der Deutsche Buchdruckerverein und der Verband der Deutschen Buchdrucker die geeignetsten Institutionen zur Durchführung des Tarifes seien. Redner skizziert eingehend, wie dieser Vertrag zwischen den beiden Vereinen beschaffen sein müßte, wenn er für beide Teile, Prinzipale und Gehilfen, nutzbringend wirken sollte. Vorbedingung für Annahme des Vertrages sei selbstverständlich, daß unsere Forderungen bewilligt würden. Zum Schlusse wolle er darauf hinweisen: Es würde wenig nützen, wenn man die vorliegenden Anträge durch radikale Forderungen ändern wolle. An dem, was kommen wird, könne man nichts ändern. Was auf der Konferenz beschlossen sei, wäre das Höchstmögliche, was zu erreichen ist. Man möge sich mit den vorliegenden Anträgen zufrieden geben und den Kollegen vertrauen, die man gewählt habe. Man möge daran denken, daß wir einig sein müssen in unseren Forderungen, wenn wir vorwärts wollen. Kollege Blume erklärt, nicht kritisieren zu wollen. Er freue sich, daß man mit solchen Anträgen gekommen sei, mit denen er vollständig einverstanden sei. Das schließe aber nicht aus, hier einige Wünsche bezüglich einzelner Positionen zu äußern, die wohl Berücksichtigung finden dürften. Der Vorschlag mit 33 $\frac{1}{2}$ Proz. für regelmäßige Nachtarbeit im § 31 sei nicht den Verhältnissen entsprechend. Er wünsche, daß bei der regelmäßigen Nachtarbeit die achtstündige Arbeitszeit eintritt und die Entlohnung gemäß § 35 des Tarifes zu geschähe habe. Weiter müsse versucht werden, den § 34 i auch für die Handfeger durchzubringen, um die Differenzen bezüglich der Nachtarbeit vom Sonntag zum Montag bei der Herstellung der Montagsblätter aus der Welt zu schaffen. Die Korrektorenfrage würde wohl vorläufig ein Schmerzenskind bleiben, da alle möglichen Branchen bei den Korrektoren vertreten seien. Redner schließt mit dem Wunsche, daß die vorgelegten Anträge auch zur Annahme gelangen. Kollege Meliman wünscht, daß der Beschluß des Maschinenmeisterkongresses bezüglich des Bediensteten nur einer Maschine Berücksichtigung finde. Kollege Steinhart erklärt, daß man die Anträge mit gewissen pessimistischen Gefühlen erwartet habe. Er müsse aber erklären, daß er dem nichts hinzuzufügen habe, was Kollege Demuth vorgebracht. Demuth habe gesagt, die Anträge seien das Mindeste, das zu fordern sei. Wir könnten also verlangen, daß unsere Vertreter bei den 15 Proz. bestehen bleiben. Das wolle er besonders hervorheben. Seinen Antrag bezüglich des 1. Mai habe er vor allen Dingen deshalb gestellt, damit der 1. Mai bei den Beratungen zur Sprache kommt. Er erwartet, daß die Gehilfenvertreter diesen Wunsch berücksichtigen. Bezüglich der Sonntagsarbeit sei es doch sehr ratlos, bei dieser Tarifberatung die Sonntagsruhe im Tarife festzulegen (abgesehen von Force majeure), getreu dem Worte: Du sollst den Feiertag heiligen. Für die Dauer des Tarifes seien drei Jahre genügend, da ja bei dem Abschlusse von Organisation zu Organisation die Verpflichtung zur Durchführung beiderseitig sei. Man solle nicht vergessen, daß die Verhältnisse sich überzogen, in drei bis vier Jahren ganz andere seien. Undersfalls seien wir gebunden und könnten um Steuererzulagen betteln. Kollege Wittersdorf meint, die Prinzipale seien gewöhnt, daß man auf unserer Seite allzu leicht zu Konzessionen geneigt sei. Es müßte ihnen angedeutet werden, daß wir auch Mittel und Wege zur Verfügung hätten, unsere Forderungen durchzubringen. Er sei für Abschluß von Organisation zu Organisation. Kollege Wolfrath bittet seine (weiter hinten) abgedruckte Resolution anzunehmen, wendet sich ferner gegen Stein-

hardt's Ausführungen bezüglich der Sonntagsarbeit und will die Festsetzung der Tarifbaurer unserer Vertreter überlassen. Der Abschluß von Organisation zu Organisation sei ein großartiger Gedanke. Kollege Prüter-Kiel hat sich gefreut, daß die Gehilfenvertreter herausgefunden haben, daß 15 Proz. notwendig sind, und hofft, daß unsere Vertreter voll und ganz darauf bestehen bleiben. Kollege v. d. H. ist ein entschiedener Gegner des Abschlusses von Organisation zu Organisation, wenn der Gedanke auch vieles für sich habe. Es seien schwerwiegende Bedenken vorhanden. Der Verband würde sich die Hände binden. Er möchte dringend bitten, die Frage nicht nach dem verlockenden äußeren zu beurteilen. Kollege König-Kiel wendet sich gegen die Ausführungen des Kollegen v. d. H. Der korporative Arbeitsvertrag sei ein unveränderlicher Fortschritt gegen früher und die logische Folge einer gesunden Entwicklung. Wenn aber dieser Arbeitsvertrag zum Handelsobjekt gemacht, wenn uns wichtige Forderungen gestrichen werden sollten, dann sei er auch dafür, daß er fallen gelassen werde. Kollege Löwe-Lübeck erklärt, daß die Lübecker Kollegen mit den Anträgen einverstanden sind und erwarten, daß kein Pfund zurückgefordert werde. Bezüglich des Lokalausschlags hätten die Lübecker viel zu sagen. Sie hoffen, daß der Gehilfenvertreter sich der Lübecker annehmen werde. Er sei für Abschluß von Organisation zu Organisation. Im Schlussworte geht Kollege Demuth auf die in der Debatte geäußerten Wünsche ein. Er könne nur wiederholen: Fordern und erhalten seien zwei grundverschiedene Dinge. Die Forderungen würden unter allen Umständen hochgehalten, auf den Standpunkt des gebundenen Mandats könne er sich aber nicht stellen. Jede Sache könne nur schrittweise durch die Entwicklung vorwärts kommen. Selbstverständlich würde alles, was hier vorgebracht, als Richtschnur dienen. Der Antrag Steinhardt's zum 1. Mai sei überflüssig. Er habe der Gewerkschaftskonferenz vorgelegen. Die Mehrheit sei nicht dafür. Sie könnten nicht den übrigen Kollegen Deutschlands unsere Meinung aufzwingen. Kollegen v. d. H. könne er erklären, daß alles erwogen sei, was für oder gegen den Abschluß von Organisation zu Organisation spreche. Aber wir haben gesehen seit 1848, daß wir trotz aller anderer Organisationsformen immer noch da seien, und zwar gewiß in erheblicher Zahl. Redner geht dann noch weiter auf die Lokalausschläge des Kreises I ein, was er beim Referate übersehen. Er könne zum Schlusse nur alle bitten: Wenn Sie das erreichen wollen, was in der Vorlage steht, dann stehen Sie alle hinter Ihren Vertretern! Kollege Siegel-Bergedorf erklärt nachträglich, daß die Bergedorfer den Hamburgern angeschlossen zu werden wünschen, im anderen Falle aber einen höheren Lokalausschlag beanspruchen. Die Resolution Volkraft wird einstimmig angenommen. Sie lautet: „Die heute, Sonntag den 12. August, in Hamburg versammelten tariftreuen Gehilfen des Kreises I. nehmen die von der Gehilfenvertreterkonferenz gestellten Anträge zur Kenntnis. Sie ersuchen ihre Vertreter, diese Anträge bei der bevorstehenden Revision des Tarifes als das Mindestmaß ihrer Forderungen mit aller Entschiedenheit zur Durchführung zu bringen.“ Weiter werden angenommen die Anträge des Kollegen Steinhardt: 1. Der Tarifvertrag gilt für die Dauer von drei Jahren; 2. der Feiertag des 1. Mai durch Arbeitsruhe auf Wunsch des Personals soll kein Hindernis in den Weg gelegt werden. — Vorgeschlagen als Kandidaten für die Wahl eines Gehilfenvertreters bzw. zweier Stellvertreter des Kreises I. werden: Kollege Demuth-Hamburg als Gehilfenvertreter, Kollege Dreier-Hamburg als erster Stellvertreter, Kollege Prüter-Kiel und Schlotter-Schwerin als zweite Stellvertreter. In der Hoffnung, daß überall in Deutschland die Versammlungen ebenso einmütig den Beschlüssen der Konferenz zustimmen werden und mit einem Hoch auf die Tarifgemeinschaft schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

H. Hannover. Die Versammlung des Kreises I (Nordwest) war von etwa 1000 Kollegen besucht. Vertreter waren die Orte: Bremen, Braunschweig, Bremerhaven-Geestemünde-Neße, Stade, Göttingen, Osnabrück, Hildesheim, Detmold, Varlingshausen, Melle, Oldenburg, Leer, Verden, Nienburg, Lüneburg, Garmeln, Celle, Alfelfeld, Einbeck, Peine. Gehilfenvertreter Klapproth erstattete in kurzer, gedrängter Form Bericht über die abgelaufene Tarifperiode und ging sodann zu den vorliegenden Anträgen zur Tarifrevision über, dieselben zur Annahme empfehlend. An der recht lebhaften Debatte beteiligte sich eine ganze Anzahl Redner, welche sich fast durchweg in zustimmendem Sinne äußerten und teilweise auch noch besondere Wünsche an den Gehilfenvertreter richteten, welche derselbe nach Kräften zu vertreten versprach. Nach einem kräftigen Schlussworte des Referenten wurden die gedruckt vorliegenden Anträge unter lebhaftem Beifalle einstimmig gutgeheißen. Eine Anzahl Anträge der Gutenbergsbündler wurde, ohne daß sich jemand zu denselben geäußert hatte, glatt abgelehnt. Konstatiert wurde, daß diese Anträge auch von einer ganzen Anzahl un-tariftreuer Gehilfen (natürlich Bündler) aus Alfred unterschrieben waren. Die Aufstellung von Kandidaten zur Wahl des Gehilfenvertreters bzw. zweier Stellvertreter ergab: Klapproth-Hannover als Gehilfenvertreter, Rosenbruch-Hannover als erster Stellvertreter, Rosenlehner-Bremen als zweiter Stellvertreter. Sodann schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Einigkeit der deutschen Buchdrucker und auf den Verband die imposante Versammlung.

A. U. Krefeld. Die Versammlung der tariftreuen Gehilfen des Kreises II hatte auf die Kollegen Rheinland-Westfalens große Anziehungskraft ausgeübt. Aus

allen Orten des weiten Gau's waren Kollegen herbeigeeilt, um bei dieser wichtigen Tagung dabei gewesen zu sein. Nachdem Kollege Rave die Versammlung eröffnet, begrüßte er die Erschienenen, zu deren großer Freude auch der Vorsteher des Gau's Rheinland-Westfalen, Kollege Graßmann, anwesend war. Unsbald nahm der Gehilfenvertreter Kollege Rave das Wort, um die gestellten Anträge zu begründen und namentlich den Zweck der mit Erfolg eingeschlagenen neuen Taktik klar legend. Auf die einzelnen Anträge eingehend, legte Kollege Rave mit Recht besonders Gewicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit, auf die notwendige Lohnerhöhung und auf die für Rheinland-Westfalen überaus wichtige Beseitigung des Staffeltarifes. Die Wünsche und Anträge unserer Sparten seien von den Gehilfenvertretern und den Gewerkschaften akzeptiert. Mit lautem Bravo begrüßte die Versammlung den Antrag, der die Beseitigung der Kompensierung katholischer Feiertage, sowie den Antrag, der den besondern Schutz der Vertrauensleute verlangt. Als Vertreter der Allgemeinheit legte Kollege Rave alsbald der Versammlung die unter Breslau ausführlich wiedergegebenen Anträge der Ortsvereine Münster, Hagen und Essen des Gutenbergsbundes vor. Ich will hier, da ich ein Stimmungsbild schreiben soll, ehrlich sein. In schwierigen Zeiten soll der Humor nicht fehlen, und da ist es denn von der Versammlung sehr angenehm empfunden worden, daß die Vertreter der Ortsvereine Hagen, Münster und Essen des Gutenbergsbundes so schöne Clownstücke der Versammlung vorbrachten. Auch mit den Bestrebungen Dr. Tilles ging Kollege Rave ins Gericht, betonen, daß wir wohl Veranlassung haben, mit den Prinzipalen weiter zu paktieren, aber auf keinen Fall liege für uns Veranlassung vor, den neuen Tarif um jeden Preis einzugehen. (Lebhafter Beifall.) Alsdann nahm Gauerwaller Müller-Essen das Wort, um auf die ideale Seite des neuen Tarifes einzugehen. Grundlegend war für ihn die Frage, den Tarif in Zukunft von Organisation zu Organisation abzuschließen. Schwere Bedenken standen für den Gau Rheinland-Westfalen einem solchen Bündnisse entgegen. Die im Gau folgende Taktik, erst die Druckerei für den Verband und dann für den Tarif zu gewinnen, hat den Gau groß gemacht, und eine Aenderung dieser Taktik konnte noch vor einem Jahre schwere Schäden für den Gau in sich bergen. Die Zeiten ändern sich! Und so konnte Kollege Müller denn heute den Abschluß des neuen Tarifes zwischen den einzig und allein in Betracht kommenden Organisationen: dem Verband der Deutschen Buchdrucker und dem Deutschen Buchdruckervereine, empfehlen. Bedeute doch der Abschluß des Tarifes von Organisation zu Organisation heute nichts anderes mehr als eine Sanktionierung bereits bestehender Verhältnisse, denn der ausschlaggebende Teil wäre beim Tarife doch einzig und allein der Verband. — Redner gab eine ausführliche Erläuterung des gedachten neuen Tarifabkommens und wünschte von der Versammlung, daß sie den Führern ein Vertrauensvotum dadurch erteile, indem sie die gestellten Anträge einstimmig annehme. (Lebhafter Beifall.) Eine kurze Diskussion: Schorck-Essen will einem etwa anwesenden Vertreter des Gutenbergsbundes das Wort garantieren. Leider war niemand vom Gutenbergsbunde da! Unrecht-Votum akzeptiert die Anträge und verlangt vom Gehilfenvertreter, daß er ganz besonders für Abschaffung der Ausnahmestimmungen (Kompensierung usw.) eintrete. Uweiler-Duisburg gab über die Bemühungen des Gutenbergsbundes, Anschluß an die Christlichen zu gewinnen, interessante Daten. Born-Düsseldorf sprach für völlige Abschaffung des Staffeltarifes und äußerte Bedenken gegen den zehnjährigen Abschluß. Pröpper-Düsseldorf sprach als Vertreter der Korrektoren, der Tarif bringe für die Korrektoren eine Verschlechterung. Gauerwaller Graßmann-Essen konstatierte zunächst die einstimmige Festlegung der jetzt herrschenden Taktik, festgelegt auf der Dresdner Generalversammlung, und polemisierte dann gegen den Kollegen Born-Düsseldorf, der sich durch die gefristete Veröffentlichung der Anträge überunpelt glaubt. Ein Blick auf Oesterreich genüge, um die eingeschlagene Taktik zu rechtfertigen. Die heute vorgebrachten Wünsche werden bei dem Gehilfenvertreter zweifellos nicht achtlos vorübergehen, er werde sie bei den Beratungen zu unserm Nutzen verwenden. Was den Staffeltarif und die Bezahlungsstala angehe, so werden doch hier nur solche Bestimmungen akzeptiert, die der Gehilfenchaft von Nutzen sind. Die zehnjährige Dauer des Tarifes sei nur dann gewährt, wenn innerhalb der zehn Jahre uns diejenigen Verbesserungen zuteil werden, die aus der wirtschaftlichen Lage sich ergeben. Die Anträge wurden hierauf von der überfüllten Versammlung gegen drei Stimmen angenommen, desgleichen die Anträge der Korrektoren. Dann nahm noch Graßmann das Wort: Der heutige Tag stelle in der Geschichte des Buchdruckerwesens wohl einzig da. Ein Markstein in der Geschichte des Verbandes, in der Geschichte des Gewerbes. Haben früher Reibereien uns gestört, so sei heute zu konstatieren, daß nicht eine Stimme des Mißfallens sich zu unsrer Taktik geäußert habe. Prinzipiell sei doch zu bedenken, daß sich hier zum ersten Male Gelegenheit biete, einen Vertrag — einen bindenden Vertrag — mit einer Prinzipalsorganisation abzuschließen. Hier habe unser Verband eine ganz kolossale Eroberung gemacht. Nach 40jähriger Tätigkeit habe der Verband seinen wirtschaftlichen Gegner veranlaßt, einen Vertrag mit ihm zu schließen, der dem Gewerbe Nutzen bringe. Die heutige Stärke des Gau's Rheinland-Westfalen garantiere, daß unbillige Forderungen der Prinzipale unsers Kreises ausgeschlossen seien. Von der heutigen Tagung nehme jeder Kollege das Gefühl mit, daß wir den Frieden wollen, aber keiner werde vergessen, daß in erster Lage

ein jeder seinen Mann stellen müsse. Ein Hoch auf den Verband, begeistert wie kaum je eins zuvor, schloß die Versammlung.

Frankfurt a. M. Der Besuch unsrer Versammlung war ein prächtiger, der Geist ein vorzüglicher. Betreten waren außer Frankfurt a. M. die Städte Kassel, Marburg, Gießen, Wiesbaden, Mainz, Darmstadt, Offenbach am Main und viele kleinere Druckorte durch größere oder kleinere Delegationen. Die Einleitung zu den Verhandlungen bestand in einem Chore, vorgetragen vom Gesangsverein Gutenberg. Nach einigen einleitenden Worten des zum Vorsitzenden der Versammlung gewählten Kollegen Zech-Mainz und einigen Begrüßungsworten des Frankfurter Bezirksvorsitzenden Braum, entledigte der Referent, Gehilfenvertreter Karl Domine, sich seiner Aufgabe in einem etwa 1 1/2 stündigen Referate, in welchem er die veröffentlichten Anträge durchging, begründete und weitere Erläuterungen und Erklärungen dazu gab. Diese Berichterstattung von der Gewerkschaftskonferenz löste eine längere Debatte aus, in welcher persönliche und lokale Wünsche zur Sprache kamen. Im übrigen war man mit den Anträgen einverstanden, was sich in der einstimmigen Annahme nachstehender Resolution kundgab: „Die heute, am 12. August, im ‚Gewerkschaftshaus‘ zu Frankfurt a. M. tagende, von über 1000 tariftreuen Gehilfen des Kreises III besuchte öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Anträgen, wie sie auf der Gewerkschafts- und Gehilfenvertreterkonferenz gestellt sind, einverstanden. Sie erblickt in denselben das minimalste, was zu verlangen ist, unbeschadet dessen, daß sie nach wie vor auf dem Boden des Tarifes steht. Diese minimalsten Forderungen haben auf die noch zu regelnden Lokalausschläge keinen Einfluß, indem die Festsetzung derselben einer späteren Beschlußfassung vorbehalten bleibt. Die Versammlung beauftragt die Gehilfenvertreter, unter der Zustimmung, daß sie gewillt ist, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Forderungen einzutreten, für die Festlegung der gestellten Anträge mit aller Energie einzutreten.“ Nach einigen Schlussworten, in welchen zur Unbedingtheit Einigkeit gemacht wurde, hatte die überaus imposante Versammlung ihr Ende erreicht.

D. Stuttgart. Die am 12. August abgehaltene Allgemeine Buchdrucker-Versammlung war von ungefähr 1400 Kollegen besucht. Vertretungen waren anwesend von: Walen, Bibern, Bietigheim, Gfingen, Feuerbach, Freiburg i. Br., Göppingen, Hall, Heilbronn, Karlsruhe, Kirchheim, Konstanz, Leonberg, Ludwigsburg, Oberndorf, Pforzheim, Reutlingen, Salach, Straßburg, Ulm, Waiblingen, a. G. und Juffenhausen. Eine Delegation der Lithographen und Steinrufer war ebenfalls anwesend. Der Gehilfenvertreter des Tarifkreises IV a, Kollege Rnie, eröffnete um 11 Uhr die Versammlung. Nach kurzer Begrüßung der Gehilfenvertreterkonferenz durch den zum Leiter der Versammlung ernannten Kollegen Klapproth erteilte derselbe dem Referenten Rnie das Wort zu dem Tagesordnungspunkte: „Beschlüßfassung über die zur Tarifrevision zu stellenden Anträge.“ In einstündiger trefflicher Rede erlegte dieser sich seiner Aufgabe und empfahl den Kollegen, die ihnen unterbreiteten Anträge einstimmig anzunehmen. Reicher Beifall wurde dem Kollegen Rnie zuteil. In der sich anschließenden Diskussion wurde bedauert, daß so viele von Stuttgart aus gestellte Anträge unter den Tisch gefallen seien. Man müsse eben den von der Gewerkschafts- und Gehilfenvertreterkonferenz zusammengefügten Anträgen zustimmen, welche ebenfalls manche Verbesserung für die Gehilfen bringen. Folgende Resolution wurde zur Annahme vorgeschlagen: „Die am 12. August in ‚Dinkeladers Saalbau‘ abgehaltene, von gegen 1400 tariftreuen Buchdruckergehilfen besuchte Versammlung spricht dem Referenten, Gehilfenvertreter K. Rnie, für Erstattung des Referates ihren Dank aus. Sie erwartet jedoch von den Gehilfenvertretern ein tatkräftiges Eintreten bei den Tarifverhandlungen für: 1. eine ganz bedeutende Besserstellung in materieller Beziehung für sämtliche Gehilfen; 2. eine Reduzierung der Arbeitszeit; 3. eine Neuregelung der Lehrlingsstala; 4. tarifliche Gleichstellung der Korrektoren, Stereotypen und Galvanoplastiker; 5. vollständige Beseitigung des Staffeltarifes; 6. Aufhebung von Kost und Logis beim Prinzipale; 7. eine entschiedene Stellungnahme gegen das Schichtwechselsystem an Segmaschinen, ganz besonders eine strikte Ablehnung des Zweieinhalb- und Dreischichtensystems; 8. eine Erhöhung der Entschädigung für Überstunden, insbesondere eine bedeutende Verminderung derselben herbeizuführen.“ Kollege Bäsecke drückte im großen und ganzen sein Einverständnis zu den gestellten Anträgen aus, ist aber gegen die Fassung des § 33 Abs. 4 und eruchte um Annahme folgender Resolution in Ablehnung an vorstehende, vom Kollegen Blinzig gestellte: „Die Bedienung nur einer Maschine ist die einzige Form, welche dem Maschinenmeister die volle Verantwortlichkeit ermöglicht, und sind die Bestimmungen, unter welchen die Bedienung einer zweiten Maschine möglich ist, als Uebergangsbestimmungen zur Einführung des Einmaschinen-systems zu betrachten. Damit soll ausgesprochen sein, daß bei Anerkennung des neuen Tarifes von 1906 in jenen Druckereien, in welchen das Einmaschinen-system schon durchgeführt, ein Zurückgreifen auf die hier als solche bezeichneten Uebergangsbestimmungen zu vermeiden ist.“ Die Kollegen Kunkel, Wendler und Strauß-Kirchheim drückten ebenfalls ihr Einverständnis mit den gestellten Anträgen aus. Letzterer hofft, daß die Gehilfenvertreter eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung durchsetzen. Da die Rednerliste erschöpft war, schritt der Vorsitzende zur Abstimmung und wurden die Anträge einstimmig angenommen! Die beiden Resolutionen wurden dem Gehilfenvertreter als Material übergeben. Hierauf

gab Kollege Knie die vom Gutenbergbunde gestellten Anträge kund und meinte, daß er dieselben der Versammlung nicht zur Annahme empfehlen könne. Beim Vorliegenden wurde der Antrag gestellt auf Uebergang zur Tagesordnung, jedoch nach kurzen Bemerkungen wieder zurückgezogen, und erhielt hierauf der Vorsitzende des Gutenbergbundes das Wort zur Motivierung der von ihnen gestellten Anträge. Derselbe wurde ruhig angeführt, so lange er bei der Sache blieb, als er sich aber Ausfälle erlaubte, war die Ruhe dahin, und wurde von den anwesenden Kollegen gegen diese Ausfälle ganz energisch protestiert. Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurden die blindlerischen Anträge gegen acht Stimmen abgelehnt. (Gaben die anderen Mitglieder des Gutenbergbundes nicht mehr den Mut gehabt, für ihre namentlich unterschiedenen Anträge zu stimmen? Der Schriftführer.) Mit einem allgemein aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende um 1 1/4 Uhr die impopular verlaufene Versammlung.

S. München. Einen impopulanten Eindruck machte die am 12. August abgehaltene Kreisversammlung. Nahezu 1300 Kollegen folgten mit freier wachsender Begeisterung den Ausführungen des Referenten, Kollegen Seitz. Kein Mißton, kein Zwischenruf führte seine einheitsliebenden Ausführungen. In eine Diskussion wurde, dem Antrage aus der Versammlung gemäß, welcher einstimmig angenommen, nicht eingetreten. Auch der Gutenbergbund, d. h. die Ortsvereine desselben im Kreise Bayern, hatte Anträge eingereicht. Die Versammlung beschloß aber einstimmig, da sich auch niemand von diesen Herren zur Begründung einfinden, die Anträge abzulehnen. Nachdem ein Telegramm aus Kempten vorgelesen, fand folgende Resolution einstimmig Annahme: „Nachdem die heutige, in den ‚Zentralblättern‘ tagende Kreisversammlung überzeugt ist, daß die von der Gewerbetreibenderversammlung aufgestellten Forderungen berechtigt, nimmt sie von einer Diskussion Abstand und beauftragt gleichzeitig ihren Geheimplenvertreter, für diese Forderungen unumwidriglich einzutreten, mit voller Kraft, in der Gewissheit, daß sämtliche Verbandskollegen hinter ihm stehen.“ Ein Hoch auf den Verband bildete den Schluß der Versammlung, welche jene, die sich à la Tille zur Tarifrage stellen, den Beweis erbrachte, daß die heilige Geheimplenschaft mit dem stärksten Nachmittell in die Tarifbewegung tritt, dieses heißt: Einigkeit!

W. Fr. Halle a. S. Eine der impopulanten, wenn nicht überhaupt die großartigste Versammlung — sowohl in bezug auf den Besuch wie auf den sie befehlenden Geist — war die am 12. August hier abgehaltene Allgemeine Versammlung der tarifreuen Geheimplen des VI. Tarifkreises. Ueber 700 Kollegen waren „aufmarschiert“, um, dies sei vorweg berichtet, den von der Gewerbetreibenderversammlung aufgestellten Anträgen zur Tarifrevision ihre Zustimmung zu geben. Das Hauptkontingent der Besucher stellte naturgemäß der Vorort Halle. Verbändler, Gewerkevereiner, Wilde, Bündler, und wie sie sonst heißen mögen, waren wohl fast vollständig erschienen. Aber auch die Druckorte Gera, Eisleben, Weimar, Gräfenhainichen, Torgau, Wittenberg, Delitzsch, Kötzsch, Köthen, Salberstadt, Dessau, Osterwied, Silenburg, Weiskensfeld, Jena, Rudolfsplatz, Saalfeld, Zeitz, Apolda, Burg b. M., Eisenach, Langensalza, Naumburg, Magdeburg, Wschersleben, Bernburg, Quedlinburg, Plantenburg, Wallenstedt, Garzgerode, Thale, Koburg, Sangerhausen, Nordhausen und Gotha waren vertreten, zusammen 37 Orte, darunter einzelne in recht beträchtlicher Anzahl. Sie alle waren gekommen, um teilzunehmen an der Kundgebung, welche die Kollegenschaft ganz Deutschlands an ein und demselben Tage veranstaltete, womit das Ziel verfolgt wird, die Lebenslage der deutschen Buchdruckergehilfen zu heben und zu bessern. Nach dem erschöpfenden Referat des Geheimplenvertreters König, welches diesem allseitigen und anhaltenden Beifall eintrug, erklärten sämtliche Diskussionsredner ihr Einverständnis mit den Beschlüssen der Gewerbetreibenderversammlung und Geheimplenvertreterkonferenz, soweit sich dieselben auf die Revision des Tarifes beziehen. Dieselben wurden dann auch einstimmig en bloc angenommen. Von allen Rednern wurde das Hauptgewicht auf die Preis- und Lagenfrage als schon längst der Verbesserung bedürftig gelegt. Konnte bei den Anträgen auf Abänderung des Tarifes volle Uebereinstimmung konstatiert werden, so würden bezüglich des geplanten Abschusses eines Tarifvertrages zwischen dem Verbands und dem Deutschen Buchdruckervereine die widersprechenden Interessen der verschiedenen Lager, in welche die deutsche Kollegenschaft leider gespalten ist, offenbar. Es möchte den Bündlern und Hirsch-Underrichtern wohl zum Bewußtsein kommen, daß bei Abschluß des Vertrages von Organisation zu Organisation ihre „Organisationen“ in absehbarer Zeit ausgelitten haben werden, weshalb sie ihr möglichstes versuchen, die Zustimmung der Versammlung zu dem Vertrage zu verhindern. Von der einen Seite wurde sehr stark in Radikalismus gemacht, was, wenn man die Taten der Herren kennt, geradezu wundernehmen muß und gar nicht erwartet werden konnte. Andererseits ließ man seine warnende Stimme erheben, indem ausgeführt wurde, die Prinzipalvertreter würden ihre Zustimmung zu dem Vertrage nur auf Kosten unserer übrigen Forderungen geben, oder die Prinzipale würden in Massen dem Deutschen Buchdruckervereine den Rücken kehren, wodurch dann den Verbändlern die Arbeitslosigkeit entgegen kommen sei usw. usw. Doch allen „gut gemeinten“ Ratschlägen zum Trost, womit jene Leute selbstverständlich ganz gehörig heimgeleuchtet wurden, gab die Versammlung gegen die verschwindende Minderheit dieser Sonderbündler unter der Voraussetzung ihre Zustimmung zum Abschluß des Vertrages auf zehn Jahre, daß die berech-

tigten Wünsche der Gehilfen erfüllt werden und nach fünf Jahren in eine Revision des Tarifes eingetreten werden kann. In richtiger Erkenntnis der Sachlage sah ein Vertreter des Bundes die Ablehnung der von dieser Seite gestellten Anträge (siehe unter Breslau) voraus. Auch die Drohung, daß in diesem Falle sämtliche Bündler das Lokal verlassen würden, benutzte diese Anträge nicht vor dem vorausgesagten Schicksale. Die abgeleitete Tagungszeit machte der Debatte und der Versammlung ein Ende. Alles in allem kann gesagt werden, daß die Versammlung von einer Begeisterung befeuert war, welche für die Zukunft zu den besten Hoffnungen berechtigt. Hoffentlich wird aber auch der warme Appell an die dem Verbands noch fernstehenden Kollegen, endlich den Anschluß bei dieser zur Vertretung der beruflichen Interessen allein berechtigten Organisation zu suchen, nicht ungehört verhallen.

Leipzig. Zu einer impopulanten Kundgebung gestaltete sich die Versammlung der tarifreuen Gehilfen des Kreises VII in Leipzig. Ueber 3500 Personen füllten die weiten Räume der Altherhalle des „Kronpalastes“. Offizielle Vertreter hatten entsandt Chemnitz, Altenburg und Plauen; außerdem waren anwesend zahlreiche Kollegen der engen und weiten Umgebung. Kollege Bogenitz als Berichterstatter führte in eindringlichen Worten den Wert von Tarifverträgen vor Augen. Ausgehend vom Stande der Tarifgemeinschaft vor zehn Jahren wies er nach, daß sich heute die Umschaltungen vollständig verschoben haben; Kreise, die früher „für Tarifgemeinschaft“, sind heute gegen und umgekehrt. Er führte aus, wie unter dem Zeichen der Tarifgemeinschaft die Buchdrucker entgegen den damals gehegten Besorgungen nicht versumpft seien, sondern rastlos vorwärts schreitend sich jederzeit der Solidarität der Gesamtarbeiterschaft gegenüber bewußt waren. Er schilderte treffend, was uns die Tarifgemeinschaft gebracht: ein freies, wenn auch manchmal langsames Vorwärtsschreiten der gesamten tariflichen Verhältnisse. Selbst unter der absteigenden Konjunktur, unter der die letzte Tarifrevision stattgefunden, sei es möglich gewesen, Zustände zu erhalten, ohne zur Ultima ratio des Streiks greifen zu müssen. Dies alles war für die Generalversammlung in Dresden Veranlassung, zu beschließen, an der Tarifgemeinschaft festzuhalten und sie eventuell weiter auszubauen sowie nicht eine Kündigung, sondern eine Revision des Tarifes zu beantragen. Referent begründete dann, ohne zu den einzelnen Anträgen Stellung zu nehmen, die geforderte Lohnserhöhung unter dem Gesichtspunkte des Notwendigen und Erreichbaren. Er wies nach, daß es unter den heutigen Verhältnissen für die Gesamtorganschaft von größtem Werte sei, eine anständige Erhöhung der Grundpositionen zu erreichen, und daß unter Berücksichtigung dieses Umstandes die Frage der Lokalaufschläge erst in zweiter Linie komme. Trotzdem fordere er für Leipzig eine Aufbesserung des Lokalaufschlages um 5 Proz. Kollege Bogenitz schloß seine mit großem Beifalle aufgenommenen Ausführungen mit den Worten: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern! Dann werden wir das Erreichen, was wir zur Lebenshaltung unter den heutigen Verhältnissen als unbedingt notwendig fordern. Die nun zur Diskussion gestellten, im „Korr.“ veröffentlichten Anträge entzettelten eine ziemlich lebhafte Debatte. Verschiedene Abänderungsanträge fanden die Unterstützung der Versammlung und wurden angenommen, ohne daß hierdurch die prinzipiellen Forderungen bedeutend tangiert wurden. Ungeheure Seiterkeit entzettelten die von zehn Ortsvereinen des Gutenbergbundes (einer davon zählt ein einziges Mitglied) gestellten Anträge auf Anerkennung dieser Organisationsorganisation bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen. Ein unter lebhaftesten Kundgebungen einstimmig angenommener Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung bereitete diesem fürwichtigen Beginnen ein ruhmlöses Ende. Nachstehende, aus der Versammlung eingegangene Resolution fand unter lauter Zustimmung Annahme: „Die von über 3500 tarifreuen Gehilfen des VII. Tarifkreises beschlossene Versammlung erwartet von den Gehilfenvertretern, daß sie an einer Erhöhung der Grundpositionen um 15 Proz. sowie an einer Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich unter allen Umständen festhalten.“ In einem patenden Schlußworte sagte Kollege Engelbrecht noch einmal alle in Betracht kommenden Umstände zusammen, den Weg weisend, den wir unbeirrt von rechts und links gehen werden, um das uns gesteckte Ziel zu erreichen. Er wies auch noch darauf hin, daß bei einem günstigen Ergebnisse der Tarifrevision dem Abschluß der Tarifgemeinschaft von Organisation zu Organisation nichts im Wege stehen werde, und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die Versammlung. Einstimmige Annahme fand eine anläßlich des Biertrages eingebrachte Resolution dahingehend, daß die Versammlung sich mit den zur gleichen Zeit tagenden Volksversammlungen und den dortselbst gefaßten Beschlüssen solidarisch erkläre.

Berlin. Zu einer großartigen Kundgebung gestaltete sich die in der „Neuen Welt“ abgehaltene Versammlung der tarifreuen Gehilfen des Tarifkreises VII. Dieser größte Saal Berlins war bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß viele in den Nebenräumen Platz nehmen mußten. Kollege E. Giesecke als Kreisvertreter eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Anträge der Verbandsmitglieder des Tarifkreises VIII und 2. Anträge einzelner Gehilfen (Gutenbergbund) aus verschiedenen Druckereien dieses Kreises. Kollege Faber referierte über den ersten Teil, die Anträge, wie sie in Nr. 93 des „Korr.“ zum Abdruck gelangt sind. In kurzen, aber kräftigen Zügen referierte der Referent die von der im Mai abgehaltenen Gewerbetreibenderversammlung geprüften und den Gehilfen zur Annahme empfohlenen

Anträge. Die Notwendigkeit der materiellen Aufbesserung begründend durch die in den letzten Jahren außergewöhnlich zunehmende Steuerer, hervorgerufen durch die Steuer- und Zollpolitik der Regierung sowie die Abwehrungsmaßnahmen gegen das Ausland, um unter Belastung der breiten Massen des Volkes einer geringen Anzahl Interessenten Nutzen und Profit zu bringen. Zur Annahme gelangt seien die wichtigsten Berliner Anträge: Erhöhung des Minimums mit der Maßgabe, daß die Erhöhung auch den über Minimum Entlohnenden zuteil werde, sowie daß bestehende bessere Verhältnisse durch den neuen revidierten Tarif nicht verschlechtert werden dürfen, desgl. der Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit für Berlin als lokale Abmachung die durchgehende Arbeitszeit fordern sollen. Dieser Antrag sei um so mehr eine Forderung der Gerechtigkeit, da im Interesse der Prinzipale Ausnahmen nach unten gestattet sind, auch einmal im Interesse der Gehilfen eine Ausnahme nach oben Platz greifen zu lassen. Von wesentlicher Bedeutung sei der Antrag, daß zum Schutze der Vertrauensleute besondere Bestimmungen getroffen werden sollen. Abgelehnt von der Gewerbetreibenderversammlung wurde die Obligatorisierung der Arbeitsnachweise und die Freigabe des 1. Mai, was vom Redner noch besonders begründet ward. Sodann ging Redner auf die Neuregelung der Lokalaufschläge über, wobei er es für bedenklich hält, eine solche nach der Betriebsklasse der betreffenden Städte stattfinden zu lassen. Dagegen müßte eine Festsetzung der Lokalaufschläge für die in der Nähe von Großstädten aufstehenden kleineren Druckorte stattfinden, denn durch die Erparnis des Lokalaufschlages bereiten die in die kleineren Druckorte fließenden größeren Druckerien nicht nur den Prinzipalen Konkurrenz, sondern es werde auch eine Schädigung der Gehilfenchaft herbeigeführt, denn die den letzteren gemachten Versprechungen erfüllten sich nie, da der Hinweis auf niedrigere Mieten und Lebensmittelpreise in allen Fällen nur kurze Zeit Geltung habe. Der Bezug einer für kleinere Orte immerhin bedeutenden Anzahl Erwerbstätiger habe bald eine rapide Preissteigerung zur Folge. Im Interesse beider Tarifkontrahenten liege es also, diesem Uebelstande so bald wie möglich zu steuern. Ebenso bedeutungsvoll für die Gehilfenchaft sei die Milderung und Reduzierung der Lehrlingsfala sowie die beantragte Gleichstellung für Geher und Drucker. Nachdem Redner noch die übrigen allgemeinen Anträge einer Besprechung unterzogen, ging er näher auf die Anträge der einzelnen Parteien ein, wie sie auf den zu Ostern abgehaltenen Kongressen formuliert worden sind, soweit dieselben von der Gewerbetreibenderversammlung angenommen wurden. Nicht alle Wünsche konnten Berücksichtigung werden; weil den Verhältnissen in den einzelnen Bundesstellen Rechnung getragen und auf die Schwierigkeiten der Durchführung Rücksicht genommen werden mußte. Bei Beendigung seiner Ausführungen bemerkte Redner, daß laut Beschluß der Dresdner Generalversammlung unsere Taktik diesmal eine andre gewesen sei. Wenn auch die Geburt der Gehilfen dabei auf eine harte Probe gestellt wurde, so habe sich die Taktik doch gut bewährt. Die Frage der Tarifgemeinschaft resp. der Revision hat auf beiden Seiten ihre Widersacher gefunden. In den Kreisen der Arbeiterschaft ist der Widerstand gegen Tarifgemeinschaften allmählich geschwunden und eine Anzahl von Gewerkschaften hat solche bereits abgeschlossen, während andere unausgesetzt auf deren Erringung hinarbeiten. Als Widersacher auf Seiten der Prinzipale sind in erster Linie entstanden eine Reihe von Zeitungsverlegern sowie der bekannte Schmarfacher im Saarrevier, Dr. Mey. Tille, welcher in unerhörter Weise den Kampf gegen das sozialpolitische Kulturwert der Tarifgemeinschaft führt, denn im Prinzip ist dieselbe doch nur der Ausdruck des Mitbestimmungsrechtes, der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. Aber die Einigkeit der deutschen Buchdrucker werde es den Vertretern derselben leicht machen, bei den bevorstehenden Verhandlungen mit der Prinzipalität das Günstigste für die Gehilfenchaft zu erringen. Die Gutenbergbündler hatten folgende Anträge gestellt: 1. Anerkennung des Gutenbergbundes als tarifreue Organisation; 2. Anerkennung des „Typograph“ als offizielles Publikationsorgan der Tarifbehörden; 3. Zulassung eines Vertreters des Gutenbergbundes zu den Tarifberatungen. Zu ihrer Begünstigung nahm Herr Hoff das Wort. Er habe im „Korr.“ gelesen, daß sich 90 Prozent aller Buchdruckergehilfen zusammengesetzt hätten, um eine Verbesserung ihrer Lebenslage herbeizuführen. Der Gutenbergbund wolle dabei dem Verbands die Bruderhand reichen und alle materiellen Forderungen desselben unterstützen. Gemäß seinen Statuten sei der Gutenbergbund verpflichtet, für den Tarif zu arbeiten, und die Versammelten mögen gerecht sein, und die Gleichberechtigung des Gutenbergbundes anerkennen. Wenn die beiden Organisationen auch getrennt marschieren, so solle man doch vereint schlagen. Die Versammlung möge die Anträge des Gutenbergbundes annehmen, sonst sehe sich derselbe genötigt, an die breite Öffentlichkeit zu gehen. Wenn sie auch nur ein kleines Häuflein seien, so seien sie doch bereit, für die Erfüllung von Kulturaufgaben zu kämpfen. Diesen Redner entgegnete Kollege Böllin: Der Vertreter des Gutenbergbundes sei offenbar von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Nicht nur die Gehilfen, sondern auch die Prinzipale haben anerkannt, daß der Gutenbergbund ein Hindernis für die Tarifdurchführung bilde. Kulturaufgaben können nie durch Zersplitterung, sondern nur durch Einmütigkeit erfüllt werden, und wenn der Gutenbergbund die „Bruderhand“ bieten wolle, so habe er andere Wege einzuschlagen als den Umweg über die christlichen Gewerkschaften. Wir Arbeiter bieten im

wirtschaftlichen Kampfe das Bild der Zerrissenheit und Zersplitterung, das sei eine Schande für das Buchdruckgewerbe. Nur in der Einigkeit liege die Kraft! Wollte der Gutenbergbund die Einigkeit, so möge er sich an die Adresse des Verbandes wenden, dieselbe lautet: Chamisso-Platz 5. Eine weitere Diskussion wurde für unnützlich erachtet und die Anträge der Verbandsmitglieder einstimmig angenommen, die Anträge des Gutenbergbundes gegen fünf Stimmen abgelehnt. — In der darauf folgenden Vereinsversammlung referierte Kollege Maffini über den abzuschließenden Vertrag von Organisation zu Organisation. Ein spezieller Bericht folgt nach. Die Versammlung nahm nach längerer Diskussion folgende Resolution an: „Die heute, am 12. August, in der ‚Neuen Welt‘ tagende Versammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer erklärt nach Anhörung der Berichterstattung über die Anträge zum deutschen Buchdrucker-Tarif, daß sie von den Gehilfenvertretern erwartet, daß sie angeht, daß sie wirklich vorhandenen Hoffnungen der Gehilfenchaft mit aller Energie für die eingereichten Anträge eintreten und sie zur Durchführung bringen werden. Des ferneren erjudt die Berliner Gehilfenchaft den Verbandsvorstand, nur dann seine Zustimmung zu dem Organisationsvertrage zu geben, wenn in weitgehender Weise den materiellen Interessen der Gehilfenchaft seitens der Prinzipale Entgegenkommen gezeigt wird.“ Die Versammlung wünschte eine möglichst weitgehende Ausdrücke über die einzelnen Punkte und wird sich in den demnächst stattfindenden Vereinsversammlungen weiter mit der Materie beschäftigen.

M.-c. Breslau. Am 12. August fand hier selbst wie an allen anderen Kreisvororten die Tarifversammlung statt. Durch die Anzahl der Erschienenen (auch einiger auswärtiger Vertreter des Kreises IX), welche den großen Saal des Gewerkschaftsbaus bis fast auf den letzten Platz füllten, wurde schon dokumentiert, daß die Gehilfenchaft der diesjährigen Tarifrevision ein sehr reges Interesse entgegenbringt. Gaworsteher Fiedler, welcher zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Die Tarifrevision“, das Wort erhielt, schilderte in 14 stündigen Ausführungen zunächst die Vorzeit und darauf den Werdegang der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe, würdigte auch das Gebahren der besetzten Scharmacher und Quertreiber in gebührender Weise und berührte hierauf die Hauptpunkte der gestellten Anträge. Außer diesen Ausführungen war für die Versammlung noch die Frage des Abschlusses eines Vertrages von Organisation zu Organisation auf zehn Jahre, der Gültigkeit des Tarifes jedoch nur auf fünf Jahre, von ganz besonderem Interesse. Ferner erwähnte zum Schlusse, daß die Anträge, nur das in sich schließen, was man für erreichbar halte und als gerecht und billig anerkannt werden müssen. Der es anstößig ist, mit unserm Verweise, meine mühselige Wortes eingedenk sein, Friede ernährt, Unfriede vererbte! In der hierauf folgenden Diskussion drückte man speziell darüber sein Mißfallen aus, daß die Prinzipale der Provinz in puncto Arbeitszeit wieder eine Vergünstigung erhalten sollen, und daß die Hilfsarbeiterfrage so gut wie gar keine Beachtung erfahre. Desgleichen kam zum Ausdruck, daß diese Anträge als das Mindestmaß unserer Forderungen zu gelten haben und keine große Konzessionen mehr gemacht werden dürfen. Betreffs der Hilfsarbeiterfrage wurde dieselbe von Seiten des Gaworsteher's dahin beantwortet, daß wir wohl diesen gegenüber Solidarität üben wollen, daß die Hilfsarbeiter aber noch zu wenig organisiert seien, um vollständig mit diesem Hand in Hand gehen zu können. Die Anträge wurden hierauf einstimmig angenommen. Die anwesenden Vertreter der polnischen Organisation in Bosen erklärten sich mit unseren gestellten Anträgen gleichfalls einverstanden und brachten zum Ausdruck, daß sie auch bei einer eventuellen Nichtakzeptierung mit uns gemeinsam die Konsequenzen ziehen würden. Unter Punkt 2 der Tagesordnung: „Beschlussefassung über Spezialanträge auf Veränderung des Tarifes“, brachte der Leiter der Versammlung, Gehilfenvertreter Nordorf, unter allgemeiner Beifall folgende Anträge des Gutenbergbundes aus 25 Orten zur Verlesung: 1. Anerkennung des Bundes als tariffreie Organisation; 2. Anerkennung des „Typograph“ als offizielles Publikationsorgan der Tarifbehörden; 3. Zulassung eines Vertreters des Gutenbergbundes zu den Tarifberatungen. Nachdem sich zu diesen Anträgen niemand zum Worte gemeldet, ging über diese die Versammlung zur Tagesordnung über. Die besonderen Anträge des Gutenbergbundes in Rattowitz, welche sich mit unseren so ziemlich decken, wurden abgelehnt. Mit einem Schlußwort des Gaworsteher's Fiedler, das heute gezeigte Interesse für die nächste Zeit bewahren zu wollen, schloß die impotente Tarifversammlung.

Stettin. Zu einer impotanten Demonstration gestaltete sich die von den tariffreien Gehilfen des Tarifkreises IX abgehaltene Versammlung. Von Spandau, Potsdam, Köslin, Stralsund, Swinemünde, Josten, Sagnitz, Greifenhagen, Anklam und Greifswald waren Vertreter erschienen, und von den Stettiner Kollegen war die große Masse herbeigeeilt, um zu zeigen, daß es uns mit den Anträgen unserer Vertreter bitter Ernst ist und sie nur das Minimum dessen darstellen, was zur Erhaltung einer menschenwürdigen Existenz unbedingt notwendig ist. Nach herzerfüllter Begrüßung durch den Kollegen Nießbed erteilte dieser unserm Gaworsteher Rischner das Wort. In großen Zügen gah derselbe auf die Hauptpunkte: Erhöhung der Grundpositionen, Verkürzung der Arbeitszeit, Gehaltsstufen, Ausnahmestimmungen, ein, dabei betonend, daß manche weitergehende Wünsche zurückgestellt werden müßten, um wenigstens das durchzubringen, was für die Allgemeinheit unbedingt notwendig ist. In

weiteren besprach Redner die Hauptpunkte des Vertrages von Organisation zu Organisation und zeigte auch hier, daß die Verbandsgehilfenchaft jederzeit auf dem Posten ist, wenn es darauf ankommt, unser Gewerbe auf die Höhe zu bringen, wir aber auch dafür unsere gerechten Lohn verlangen müßten. Nachdem Kollege Rischner noch betont, daß wir Gehilfen gewiß den Frieden wünschen, wir aber auch, wenn es nicht anders sein könnte, für unsere gerechten Forderungen zu kämpfen wissen, schloß er seine Ausführungen unter dem starken Beifalle der Anwesenden. In der darauf folgenden kurzen Diskussion beantragte Kollege Müller zum § 32 folgende Resolution: „Die Beibehaltung nur einer Maschine ist die einzige Form, welche dem Maschinenmeister die volle Verantwortlichkeit ermöglicht, und sind die Bestimmungen, unter welchen die Beibehaltung einer zweiten Maschine ermöglicht ist, als Liebergangsbestimmungen zur Einführung des Einmaschinenystems zu betrachten. Damit soll ausgesprochen sein, daß bei Anerkennung des neuen Tarifes von 1906 in jenen Druckereien, in welchen das Einmaschinenystem schon durchgeführt, ein Zurückgreifen auf die hier als solche bezeichnete Liebergangsbestimmungen zu vermeiden ist.“ Kollege Nießbed gab unserm Gehilfenvertreter noch einige Wünsche betreffs Ausnahmestimmungen für Lehrlinge und für kleine Städte, ebenso bezüglich des Koff- und Logiswesens mit auf den Weg. Nach einem kurzen begeisterten Schlußworte des Kollegen Rischner wurde folgende Resolution: „Die am 12. August in Stettin, Mandorum Molkerei“ tagende Versammlung der tariffreien Gehilfen des Kreises IX b stimmt den von der Gaworsteher- und Gehilfenvertreterkonferenz vorgeschlagenen Anträgen zu und erwartet von der Prinzipalität die Annahme der durch die Zeitverhältnisse bedingten Anträge,“ einstimmig angenommen. Ebenso fand die Resolution des Kollegen Müller einstimmig Annahme. Hierauf wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf unsre Tarifbewegung und den Verband geschlossen.

Zum Schutze unserer reisenden Kollegen.

Aus der gleichnamigen Rundschau notiz in Nr. 88 des „Korr.“ ist mit Genugtuung zu entnehmen, daß außer dem bayrischen Parlamente sich auch der badische Landtag mit einer Petition zum Schutze unserer reisenden Verbandskollegen beschäftigt hat. So erfreulich dieses ist, die zuständigen oberen Behörden mit den Einrichtungen uners Verbandes bekannt zu machen, so dürfte es aber doch wohl häufiger auf die individuellen Ausführungen der reisenden Kollegen und auf die Bedürfnisse der reisenden Kollegen des zugelegten Schutzes für unbeding zu befinden ist oder nicht. In den meisten Fällen, namentlich wenn der Kunde durch längeres Tippeln in Kleidung und Schuhwerk heruntergenommen und nebenbei vielleicht schon 13 bis 15 Wochen außer Kondition ist, kann der Gedank, der den reisenden Kollegen auf seine Papiere usw. kontrolliert, dem Verlangen nur schwer widerstehen, diese „Landplage“ unschädlich zu machen. Nach meiner Feinerzeit auf der Landstraße gesammelten Erfahrungen kommt hierbei zu lange Arbeitslosigkeit, verbunden mit chronischer Erbbe im Geldbeutel, in der Hauptsache in Betracht. Der Begriff Landstreicher ist dann schnell konstruiert.

Um dieser ungerechtfertigten Degradation zum Landstreicher und einer event. damit verbundenen Inhaftnahme aus dem Wege zu gehen, möchte ich den reisenden Kollegen, welche sich schon eine ziemliche Anzahl von Wochen auf der Wanderchaft befinden, den einfachen und praktischen Rat geben, in Intervallen von vielleicht vierzehn Tagen in irgend einem zu durchreisenden Druckorte gelegentlich der Konditionsnachfrage sich letztere von dem betreffenden Prinzipale schriftlich bescheinigen zu lassen. Mit dieser Bescheinigung gehe man dann auf die Polizei oder zum Bürgermeister und lasse sich dieselbe amtlich beglaubigen. Auf diese Weise haben die Kollegen auf etliche Wochen wieder eine einwandfreie „Flecke“ und bleiben, wenn sie ihre Reisekasse einigermaßen ökonomisch verwalten, vor unberechtigten persönlichen Eingriffen seitens der Behörden bewahrt.

M. P.

Aus dem Auslande.

In Frankreich ist der Streik offiziell beendet. Das Zentralkomitee des französischen Verbandes gab bekannt, daß vom 18. Juli ab die statutarisch vorgesehene Unterstützung für Ausständige aufhöre und nur noch die für Arbeitslose ausbezahlt wird. Da im Pariser Sechervereine, laut Aussage seines Vorsitzenden in der Versammlung vom 5. Juli, gegen 600 Kollegen noch arbeitslos sind, sollen 50000 ritzzahnbare Gutscheine à 1 Franken von dieser Mitgliedschaft ausgeben werden. Damit hofft man, den Verbändlern 2 Franken, den Nichtverbändlern 1,50 Franken und den Beschlungen 1 Frank täglich auszahlen zu können. Das Zentralkomitee seinerseits veröffentlichte einen Appell an alle Kollegen, die im Geruche des Neunstundentages sind, den noch Fernenden und ihren Familien zu Hilfe zu kommen. Verschriebenen Mitgliedschaften, die sich an das Zentralkomitee wandten bezuhs finanzieller Unterstützung zur Errichtung von Vereinsdruckereien, wurde bedeutet, daß nur ein Kongreß derartige Zuwendungen beschließen könne.

Ein häufiges Bild entrollt sich in Paris. Zwei Kampfblätter: „Le Feuille“ und „Les Temps nou-

veaux“, greifen in der gemeinsten Weise den Vorsitzenden des Bucharbeiterverbandes, Keiser, an, dem sie die Schuld an dem so wenig befriedigenden Ausgange der Tarifbewegung in der Hauptstadt zuschieben. In Keisers Abwesenheit nahm das Zentralkomitee eine von 24 Anwesenden unterzeichnete und in der „Typographie française“ veröffentlichte Erklärung an, wonach alle vom Vorsitzenden ausgeführten Handlungen als einstimmige Beschlüsse des Zentralkomitees von allen Unterzeichneten vollständig gedeckt werden.

Der Quartalsbericht über die Monate Januar bis März, die vom Streik noch nicht berührt wurden, zeigt ein Gesamtvermögen des französischen Bucharbeiterverbandes von über 287000 Franken an. Die Mitgliederzahl stieg von 10710 auf 11641.

Nur wenige günstige Nachrichten sind noch zu melden: In Roubaix haben fast alle Ausständigen ihre Plätze wieder eingenommen. In Tours besteht seit dem 1. Juli der Neunstundentag (mit Ausnahme der Maschinenmeister der Druckerei Urrault). Der Prinzipal Lemoine in Chalon-sur-Saône, Vizepräsident der Druckereibesitzerkammer, wurde in zweiter Instanz zur Auszahlung des achtstägigen Lohnes geurteilt. Sein Personal hatte wegen einer unannehmbaren drakonischen Hausordnung das Geschäft verlassen.

Interessant ist, den Verlauf der Tarifbewegung von Prinzipalsseite geschildert zu hören. Das „Bulletin“ bringt auf fünf Spalten die Berichte von 22 Generalversammlungen der Pariser Kommission (abgehalten in der Zeit vom 12. April bis 6. Juni). Der Prinzipalskammer sind 44 neue Mitglieder beigetreten. Beschlossen wurde, allen in Paris oder im Departement der Seine ihr Gewerbe betreibenden Prinzipalen während der Dauer des Streiks Zutritt zu den Sitzungen der Kommission zu gewähren. Der Verpflichtung, während des Ausstandes keine Arbeit von einem Kollegen anzunehmen, traten außer den meisten Pariser Prinzipalen noch über 200 Mitglieder der Vereinigung der Druckereibesitzer in der Provinz bei. Ein für Arbeiter unentgeltlicher Arbeitsnachweis wurde eröffnet. Anerbietungen des Handelsministers und des Friedensrichters des vierten Bezirks zur Beilegung der Streitpunkte wurden nicht akzeptiert bzw. verließen ergebnislos. Am 2. Juni erklärte eine Prinzipalsversammlung den Streik bereits für beendet, da angeht alle Maschinen wieder laufen und nur einige Plätze der Seher noch frei seien. Am 6. Juni wurde dem Zentralkomitee geantwortet (das Komitee der Pariser Mitgliedschaft hatte schon verschiedene Male versucht, etwas zu erreichen), daß jede Firma mit ihrem Personale verhandeln wolle, eine Einmischung der Organisation werde nicht gebildet.

Die Vereinigung der französischen Faktoren und Druckereibesitzer der Provinz feste ihr Programm: Zutritt in Marseille abgehaltene Generalversammlung, der Jahresbeitrag auf 5 Franken fest. Die Kongresse sollen in Zukunft nur noch aller zwei Jahre abgehalten werden. Zum Besten der Invalidenkasse soll eine Lotterie (100000 Lose à 50 Centimes) veranstaltet werden.

Das den deutschen Sieferkollegen nicht unbekanntes Haus Foucher in Paris gab anlässlich der Ablieferung der 1300. Gießmaschine seinen Arbeitern, die sich hier recht wohl fühlen, ein gelungenes Fest.

Wir hatten nicht versäumt, unseren Lesern mitzuteilen, daß die beiden Pariser Zeitungen „La Publicité“ und „La Typologie“ ein Preisausschreiben von Anzeigenfaß erlassen hatten. Abblühweise haben sich auch Deutsche daran beteiligt, und freut es uns besonders, daß in der zweiten Abteilung — eine Annonce „Eau des Carmes Boyer“ betreffend — ein deutsches Verbandsmitglied, L. Tuffenhauer in Nürtingen, den ersten Preis erhalten hat.

Belgien. Als Grund des späten Erscheinens des von vielen Kollegen so oft reklamierten Albums wird uns vom Schriftführer des Brüsseler Klubs die Ausführung mehrerer Wettbewerbarbeiten in Bleistift angegeben, was deren Reproduktion sehr schwierig gemacht hat. — Am 14. Juli wurde im Kurzaale in Ostende eine belgische Buchausstellung eröffnet. — Der ehemalige Präsident des belgischen Buchdruckerverbandes, Felix van Ausloos, ist am 10. Juli, 59 Jahre alt, plötzlich gestorben. Vom 3. Juli 1891 bis zum Jahre 1903 bekleidete er dies Amt. Rücksichten auf seine Gesundheit zwangen ihn zum Rücktritt. Die Jahresversammlung ernannte ihn zum Ehrenpräsidenten. Es war eine offene und grade Natur und hatte ein mitfühlendes Herz. Ehre seinem Andenken!

Am 15. August findet zu Brüssel eine nationale Kundgebung zugunsten der Verkürzung der Arbeitszeit statt. Die freie Vereinigung der hauptstädtischen Buchdrucker nimmt daran teil. Auch das Zentralkomitee des Buchdruckerverbandes beteiligt sich daran und bittet die Mitgliedschaften des Landes, seinem Beispiele zu folgen.

Das Vereinsorgan veröffentlichte den vollständigen Bericht über die zu Pfingsten abgehaltene Generalversammlung. Der nächste Kongreß soll sich mit der Gewerkschaftsmarte (Nabel) beschäftigen; die Zahl der Mitglieder des Zentralkomitees wird von sieben auf neun erhöht (der Verwalter und der Redakteur des Organs gehören ihm in Zukunft an). Der Löwener Mitgliedschaft, die der allgemeinen Unterstützungskasse für Arbeitslose (Vermögens über 9000 Fr.) nicht beitreten will, wird nach ein Jahr Zeit zur Überlegung gelassen. Die Veröffentlichung des Organs in vlämischer Sprache, die einen kleinen Aufschuß erfordert, wird beibehalten. Artikel politischer Färbung dürfen in Vereinsorganen hinfort nicht mehr aufgenommen werden. Verniers wird im nächsten Jahre, Bergen 1908 den Jahreskongreß bei sich versammelt sehen.

mitglied ist, nahegelegt, seine Mitarbeiter als Verbandskollegen zu behandeln und ihnen bei Ausübung ihrer Arbeiterfortbildung keine Hindernisse zu bereiten. — Die Feier des 40jährigen Bestehens des Verbandes beging der hiesige Ortsverein durch eine Festversammlung am 4. August in den oberen Räumen des prachtvoll gelegenen „Drahtmairischlößchen“. Die Dekoration hatte Kollege Sigg übernommen, die wirklich schön zu bezeichnen war. Vertrauensmann Köllner begrüßte die erschienenen Festgäste und Kollegen, besonders den Gausortseher Seitz-Windchen. Nach Vortrag des Liedes „Gott Vaterberg“, das durch die Mitwirkung von Mitgliedern des hiesigen Sängervereins sehr stimmungsvoll zu Gehör gebracht wurde, referierte Kollege Seitz über die Verhältnisse in unserm Verbands und die Verfolgungen, wie wir sie seit Gründung hatten, wie wir sie jetzt haben, und wie sie weiter kommen werden. Unbaunder Beifall wurde dem Referenten zuteil, worauf Vertrauensmann Köllner demselben dankte und mit kräftigen Worten die hiesigen Kollegen aufforderte, das soeben Gehörte sich zu Herzen zu nehmen und zu befolgen. Nach einer kleinen Pause folgte die Ehrengabe unsern liebwerten Kollegen und Mitgliedern Adolf Burkhardt, der bereits 37 Jahre dem Verbands angehört und manchen Freuden und Leiden in unser Organisation mitgemacht hat. Es wurde ihm ein prächtiges Geschenk überreicht. Nach Erledigung des offiziellen Teiles ging man zur Gemütlichkeit über, die auch bei Musik und Gesang nichts zu wünschen übrig ließ.

Is.-Seitzig. (Maschinenfesslerklub.) Seit der Berichtserstattung der Delegierten vom Maschinenfesslerkongresse ist der Raum des „Korr.“ nicht wieder in Anspruch genommen, hauptsächlich deswegen, weil für die Defensivität nichts Interessierendes zu melden war. In kurzen Strichen sei aber das Notwendigste gezeichnet, als Beweis dafür, daß das Leben im Maschinenfesslerklub innerhalb Leipziger Mauern doch noch kräftig pulsiert. Die am 27. Mai abgehaltene Versammlung bewilligte (außer einer Wiederaufnahme eines ausgeschlossenen Kollegen) den nötigen Nervus verum für das am 1. Juli in der „Burgau“ zu Leusch abgehaltene Stiftungsfest. Dasselbe nahm für alle Festteilnehmer einen äußerst befriedigenden Verlauf. Die am 8. Juli fällige Versammlung mußte vertagt werden, da viele Kollegen teils als Sänger, teils als Gäste an dem zehnten Stiftungsfeste des hiesigen Maschinenfesslervereins beteiligt waren. Am 29. Juli fand ein gut besuchter Demonstrationsvortrag in dem Sehmaßmaschinenfabrik der „Leipziger Abendzeitung“ statt über „Vorkommende Störungen an der Vintotype“. In dankenswerter Weise hatte der Chef, Herr Spitzner, seinen Betrieb zur Verfügung gestellt. Es sollen für die Zukunft die Störungen aller Sehmaßmaschinensysteme in der Sehmaßmaschinenfabrik Sonntags den Kollegen praktisch vor Augen geführt und deren Beseitigung erklärt werden. Die am 5. August abgehaltene Versammlung genehmigte, eine Photographie des 1. Maschinenfesslerkongresses für das Vereinslokal zu erwerben. Eine Drucklegung des Protokolls von diesem Kongresse wurde abgelehnt. Unter „Technisches“ wurde über die neuersundenen Maschinen und Verbesserungen der alten Systeme berichtet. Beim Punkte „Tarifliches“ wurde die Firma Dr. wieder ins rechte Licht gerückt. Ein jüngerer, von auswärts kommender Kollege war zum Minimum (35,10 Mk.) engagiert worden, infolge „ungenügender“ Korrektur wurde er aber nach einiger Zeit zum Staffeltarif entlohnt — was er sich auch gefallen ließ! Aber ein noch krasserer Fall. Ein anderer, ebenfalls von auswärts kommender Kollege war zum Staffeltarif engagiert worden. Nach 14 Tagen aber bekam er mit seinem Einkommen — 27 Mk.; dabei „mimt“ er schon 6 (sage und schreibe: sechs) Wochen zum Handsegerminimum. Nur durch Zufall kamen die Kollegen hinter dieses verwerfliche Treiben. Man weiß wirklich nicht, was man mehr Bewundern soll, die „Tariftreue“ der Firma oder das schäbige Gebaren des „Kollegen“. Selbstverständlich ist letztere Angelegenheit dem Gausvorstande überwiesen worden.

J. Lübeck. Im Anschlusse an die Generalversammlung, welche sich u. a. mit dem für unsern Ort zur Tarifrevision zu beantragenden Lokalzuschlag beschäftigte, beging unser Mitgliedschaft am 28. Juli die Feier ihres 57. Stiftungsfestes und — post festum — des 40jährigen Verbandsjubiläums in Form eines Sommerfests im Vereinslokale. Nachdem der Vorsitzende der ersten Feier in einer Ansprache gedacht, nahm Gausortseher Schlotter-Schmerin, welcher in freundlicher Weise diesen Teil übernommen hatte, zu einer gut einflüßigen Festrede das Wort, in welcher er die erzielten Erfolge unserer Organisation seit ihrem jetzt 40jährigen Bestehen in berebten Worten feierte. Reicher Beifall von Seiten der zahlreich erschienenen Kollegen lohnte seine Ausführungen. Bei Gesang- und Redevorträgen blieb man noch einige Stunden in fröhlicher Weise beisammen.

A. Straßburg. (Ordentliche halbjährliche Bezirksversammlung vom 29. Juli.) Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Aligner und Genehmigung des Protokolls wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen in üblicher Weise gelehrt. Zum Gedächtnis vorliegenden Rechnungsberichte bemerkte der Vorsitzende, daß infolge der vielseitigen Unterfützungen an andere Gewerkschaften und sonstige unvorhergesehene bedeutende Ausgaben der ungewöhnlich niedrige Ueberschuß in der Bezirkskasse leicht erklärlich ist. Nach dem Berichte der Kassenvorsoren befinden sich die Kassensbücher und Belege in peinlichster Ordnung, und wurde dem Kassierer hierauf Decharge erteilt. „Ueber Zweck und Nutzen der Konjunktionsgewerkschaften“ referierte alsdann Kol-

lege Diehl und entwarf in dreiviertelstündiger Rede ein klares Bild über die Bestrebungen dieser segensreichen Institutionen, ihre Entstehung und Weiterentwicklung seit etwa 50 Jahren bis in die Gegenwart. Im besonders beschäftigte sich der Referent mit der vor vier Jahren in Straßburg gegründeten Genossenschaft, welche sich seinerzeit zum größten Teile aus Buchdruckern rekrutierte, die aber heute, teils aus Interesslosigkeit, teils aus Unkenntnis der Sache, nur noch einen verhältnismäßig kleinen Teil der Genossenschaft bilden. Redner hofft, durch seine übrigen sehr interessanten und lehrreichen Erklärungen zur Besserung dieser Verhältnisse ein gut Teil beigetragen zu haben. Für den beifällig aufgenommenen Vortrag sprach der Vorsitzende speziellen Dank aus. Mit der Wahl eines Arbeitersekretärs für Straßburg beschäftigte sich bereits die Bezirksversammlung vom 19. Mai und wurde damals gegen den dabei geübten Wahlmodus bzw. die Wahl selbst energischer Protest erhoben. Im Gewerkschaftskartelle wurde indessen im Interesse der Arbeiterschaft wieder eine Einigung erzielt und nachdem dem protestierenden Gewerkschaften Genugtuung verschafft, konnte die heutige Versammlung den erwähnten Protestbeschluß wieder aufheben, was beinahe einstimmig erfolgte. Den Bericht über die am 8. Juli abgehaltene Außerordentliche Delegiertenversammlung erstattete Kollege Mühsel in dankenswerter Weise. Laut Beschluß vom 19. Mai wurde für die streikenden französischen Kollegen eine wöchentliche Extrafsteuer von 20 Pf. pro Mitglied erhoben und somit die Summe von 960 Mk., dazu 400 Mk. aus der Bezirkskasse, also insgesamt 1360 Mk. an das französische Zentralkomitee abgeandt. Die ausgesperrten Buchbinder und Lithographen wurden mit je 200 Mk. unterstützt; von diesen entfallen 160 Mk. auf die Bezirkskasse, die übrigen 240 Mk. wurden durch Extrafsteuer aufgebracht. Ueber die Kassenverhältnisse ist folgendes zu berichten: Kassenbestand am 30. Juni 1906 4452,17 Mk., Einnahmen der Bezirkskasse 2883,14 Mk., Ausgaben 2871,17 Mk., folglich eine Mehrerinnahme von 11,97 Mk. Der Kassenbestand der Karlsruher Bezirkskasse betrug am 31. Dezember 1905 27179,34 Mk., am 30. Juni 1906 beträgt er 29164,50 Mk. Bewegungstatistik für das erste Halbjahr 1906: Mitgliederbestand am 31. Dezember 1905: 635, zugetreten 28, abgereift 31, neu beigetreten 28, wieder beigetreten 3, ausgestreut 7, ausgeschlossenen 2, gestorben 6. Mitgliederbestand am 30. Juni 1906: 648.

Neuen. Auch hier in unserm Heidebistümchen hatten sich am 12. August die Verbandsmitglieder vollständig versammelt, um die zur Tarifrevision gestellten Anträge zu beraten. Nach eingehender Besprechung derselben erklärten sich die Versammelten im großen und ganzen mit den Anträgen einverstanden und hegen das Vertrauen zu unseren bewährten Vertretern, daß diese, das ihnen Erreichbare auch herauszuholen werden. Nach einigen ermahnen Worten zur Einigkeit in diesen ersten Tagen wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

r. Worms. (Graphischer Klub.) Am 4. August fand im „Rinkoln“ eine gut besuchte Versammlung statt, die eine umfangreiche Tagesordnung aufwies und für jedes Mitglied reichlich bot. Es konnte mit Freuden konstatiert werden, daß die Mitglieder einmütig miteinander arbeiten, um dem gesteckten Ziele gerecht zu werden. Auch auswärtige Kollegen hatten wieder einmal Größe aus der Ferne gefandt. Zur Besprechung hatte Faktor Batje eine Rundsendung zur Verfügung gestellt, die alle früheren Rundsendungen der deutschen typographischen Gesellschaften übertraf. Auch von hiesigen Druckereien lagen verschiedene Drucksachen zur Besprechung vor. Der Referent hatte Mühe, die Druckerarbeiten in allen ihren Einzelheiten näher zu besprechen. Den Ausführungen des Referenten folgten die Mitglieder mit größter Aufmerksamkeit, denn die graphischen Mitglieder wissen, daß sie heute an den Arbeitsseher und -brucker gestellten Anforderungen betreffs aparter Drucksachen so manigfache sind, daß sie nicht genug Drucksachen zu Gesicht bekommen können, um auf diese Weise ihren Geschmack und ihre Kenntnisse weiter zu bilden und zu bereichern. Die nach der Besprechung gepflogene Diskussion war lebhaft und anregend. Ein Preisausschreiben zu einem Inseratenwettbewerb wurde in die Wege geleitet. Im Fragekasten lagen mehrere Fragen vor, deren Beantwortung ebenfalls von großem Nutzen für die Mitglieder war.

Würzburg. Vom Genste der uns bevorstehenden hochbedeutsamen Zeit ist sich auch die hiesige Gehilfenschaft voll und ganz bewußt. In einer äußerst stark besuchten Versammlung am 12. August nahm sie deshalb Stellung zu unserm künftigen Tarifgesetze. Das Resultat der zweistündigen lebhaften Debatte war die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heute, sehr zahlreich besuchte Versammlung hält nach eingehender Beratung die von den Gehilfenvertretern beschlossenen Anträge als den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragend als dasjenige, was unbedingt gefordert werden muß. Die Versammlung verpflichtet sich, eventuell mit Nachdruck diese Forderungen zu verteidigen.“

Widau. Die am 4. August d. J. abgehaltene Monatsversammlung hatte sich zunächst mit dem Aufnahmefest des bisherigen Untenberichts Paul Seifert zu beschäftigen. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die Aufnahme beim Gausvorsitz zu verweigern. Hierauf folgte der Halbjahresbericht des Kassierers. Ueber den Ektissimus und die Tarifgemeinschaft referierte unser Vorsitzender Krasser. Er kennzeichnete den eigentümlichen Standpunkt der Bekämpfung der Karligemeinschaft seitens des Handelskammersekretärs Tille und betonte, daß die Gehilfen alle Ursache hätten, hiergegen energisch Front zu machen. Anschließend hieran ermahnte Redner die Anwesenden,

recht fest auf dem Posten zu stehen und einig zu sein angesichts der bevorstehenden Tarifrevision. Unter „Verschiebenes“ wurde u. a. bekannt gegeben, daß die Gesangsabteilung Typographia am 2. September einen Ausflug nach Schönheiderhammer unternimmt, wotauf die Kollegen der einzelnen Druckorte der dortigen Umgegend hiermit besonders aufmerksam gemacht werden. Von 125 wahren 78 Mitglieder anwesend.

Als Erwiderung auf die „Berichtigung“ des Redakteurs Johannes Ziebold in Allenstein in Ostpr. erhalten wir nachfolgende Zuschrift:

Wie Ziebold angesichts des Sezers K., der im Mai dieses Jahres seine Lehrzeit im „Allenstein Volksblatt“ beendet hat, von einer „gewissenhaften Ausbildung“ sprechen kann, wird jedem „vollständig unerfindlich“ sein, der nachstehenden Vorfälle kennt: K. trat kurz nach Beendigung seiner Lehrzeit in eine andere Kondition und forberte dort — allerdings wohl erst in der zweiten Woche nach seinem Eintritte — die tarifmäßige Entlohnung von 18 Mk. statt der ihm zugesicherten von 16,50 Mk. Diese Erhöhung erklärte aber der Chef ihm angesichts seiner nur im glatten Sage verwerbenden Arbeitskraft nicht geben zu können, und K. akzeptierte schließlich die niedere Bezahlungswiese, wenn ihm Gelegenheit gegeben würde, sich im Tabellen-, Wert- und Akzidenzjahe auszubilden. Trotz der „gewissenhaften Ausbildung“ der über 15 Jahre bestehenden Firma Buchhopf tritt also hier die Erfindung zutage, daß Prinzipal und Gehilfe von der Unzulänglichkeit der Ausbildung dort überzeugt sind. Und das mit Recht. Denn nur um glatte Zeitungszeiten zu liefern, braucht man einmal keine vierjährige Lehrzeit, und zum andern ist damit nicht der zehnte Teil dessen dem Lehrlinge beigebracht, was heute zum Fortkommen des Sezers notwendig ist, und was von ihm verlangt wird. Mit welchem Worte also soll man — Fähigkeit und guten Willen beim Lehrlinge wie hier vorausgesetzt — eine solche „Ausbildung“ bezeichnen? Wenn weiter die Zöglinge des Herrn Z. sich heute in „renommierten Druckereien Ost- und Westpreußens bewährt haben“, so ist dieses im Hinblick auf K.s Weiterbildung wohl nicht als Beweis für eine gewissenhafte Ausbildung der Lehrlinge im „Allenstein Volksblatt“ anzusprechen. Denn wenn jene so wie dieser nach beendeter Lehrzeit gezwungen gewesen sein sollten, ihre Arbeitskraft billiger als gewerkschaftlich zu verkaufen, um das in der Lehre Nichterlangene bei anderen Prinzipalen nachzuholen, dann haben wir doch nicht Produkte Zieboldscher Unternehmung vor uns. Wer soll übrigens im Volksblatt eine „gewissenhafte Ausbildung“ übernehmen? Der nichtschamannische Redakteur oder der größtenteils als Aufzuchtler, tätige „Geschäftsführer“? Diesen sowohl wie den weiter dort stehenden sechs Gehilfen dürfte die Zeit und letzteren wohl auch das Interesse außerdem noch fehlen, den sieben in dieser Druckerei beschäftigten Lehrlingen mit Fleiß und Anweisung zur Seite zu stehen.

So sieht also in Wirklichkeit die großartige Ausbildung der Lehrlinge in der Offizin aus, die der Redakteur Ziebold seit sechs Jahren zu leiten die große Ehre hat. Um es ganz kurz zu sagen: Wo sechs Gehilfen sieben Lehrlinge gegenüberstehen und sonst noch der merkwürdigen Zustände genug herrschen, kann von einer ordnungsgemäßen Ausbildung der Lehrlinge nicht im geringsten die Rede sein. Lehrlingsbuden und Erziehung eines tüchtigen gewerblichen Nachwuchses sind eben zwei weit auseinandergehende Begriffe. Wir bewundern den Mut Ziebolds, uns mit einer Berichtigung auf den Leib zu rücken und mit Drohungen anderer Art zu kommen. Wenn Z. wieder einmal das Bedürfnis fühlt, in einer fragwürdigen Nichtstellung aus Weiß Schwarz zu machen, dann ist ihm nicht nur der Papierkorb sicher. Dessen kann er gewiß sein.

Rundschau.

Ferien! Die Druckerei L. Senn in Lettnang bewilligte ihren Gehilfen einen einwöchentlichen Urlaub. (Siehe weitere Ferien in heutiger Nummer unter Braun-schweig.)

Für die ausgesperrt gewesenen Lithographen und Stein drucker bewilligten ferner: Berliner Maschinenmeisterverein 50 Mk., Ortsverein Rudolstadt 10 Mk., Gesamtverein von Personale des „Frankischen Kurier“ 21,75 Mk., Ortsverein Hohenalza 10 Mk.

Den ausgesperrt gewesenen Buchbindern überwiesen ferner: Berliner Maschinenmeisterverein 50 Mk.

Gewerkschaftskritiker an der Arbeit zu sehen, macht immer Spaß. Sie sind zwar im Laufe der Zeit um einiges vorsichtiger geworden, diese Deutchen, aber dann und wann durchbricht die alte Liebe zu den Gewerkschaften doch die Schranken des ach, so mühsam zur Schau getragenen Wohlwollens diesen gegenüber. Wilhelm Düssel, Redakteur am „Vorwärts“, ergeht es ebenso. In der letzten Sonntagsnummer des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei macht er seinem gepreßten Herzen im wirtschaftlichen Wochenberichte endlich wieder einmal Luft. Was Düssel sonst an jener Stelle des „Vorwärts“ zu schreiben pflegt, soll uns hier nicht beschäftigen. Wir wissen jedoch, daß seine Gedankenpaziergänge in der Wirtschaftspolitik schon des öfteren der Gegenseite lustigen Spottes waren. Und wenn Düssel immer so geistreich plaudert wie diesmal über den Buchdruckerart, dann vermögen wir fürwahr seinen Kritikern nicht unrecht zu geben. Düssel unternimmt nämlich den

Verfuch, den Lesern des „Vorwärts“ plausibel zu machen, daß die Buchdrucker die schlechtest bezahlten Arbeiter sind, und das trotz — oder dank, wie Düwells Meinung darüber ist — der viel gepriesenen Tarifgemeinschaft. Denn dieser gerade jetzt eins auszuweichen, ist das sichtbarliche Bemühen Düwells, der der Tarifgemeinschaft und den Buchdruckern überhaupt von jeher ein sehr gewogener Freund ist. Freund Düwells macht sich die Beweisführung für seine Behauptungen von denen wir lediglich die akzeptieren wollen, daß wir Buchdrucker im Vergleiche zu den von uns verlangten Fähigkeiten und der hierzu benötigten besseren Vorbildung im allgemeinen zu niedrig bezahlt werden leicht, so leicht, wie immer zu Werke gegangen wird, wenn die Dinge auf den Kopf gestellt und aus Weiß Schwarz gemacht werden soll. Von 66 Berufsgenossenschaften, die im Jahre 1903 in Deutschland bestanden, greift er also 15 heraus und sagt nun: Jahresdurchschnittslohn der Buchdrucker 1015 Mk., um dann bei den rheinisch-westfälischen Stützen und Walzwerken mit 1300 Mk. durchschnittlichem Lohn zu enden. Item: die Buchdrucker verdienen am wenigsten, wahre Hungerlöhne werden ihnen gezahlt. Die Ziffer 1015 Mk. durchschnittlicher Lohn in 1903 soll nicht bestritten werden, sie stimmt. Wie kommt es denn aber nun, daß wir Buchdrucker (bei Düwells) an der untersten Stelle stehen? Ganz einfach: Düwells nahm zum Vergleiche 15 Berufsgenossenschaften, in denen die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter eine ganz minimale Rolle spielen, mithin das durchschnittliche Jahreseinkommen ein wesentlich höheres sein muß, als wenn die niedrig bezahlte Frauen- und Mädchenarbeit usw. ihren nivellierenden und niederdrückenden Einfluß auf das Lohnniveau der männlichen Arbeiter ausübt. Bei solcher Art Beweisführung kommen naturgemäß die Buchdrucker recht schlecht weg, denn in unrer Berufsgenossenschaft befinden sich neben den 56000 Buchdruckern noch rund 76000 andere in unserm Gewerbe beschäftigte Personen nach dem Stande von 1905. Wer einigermaßen in unserm Gewerbe Bescheid weiß, wird uns beipflichten, daß der überwiegende Teil von diesen 76000 Personen Frauen, Mädchen und jugendliche Arbeiter umfaßt. Man denke an die große Zahl von Mädchen in den Druckereien und den zu unrer Berufsgenossenschaft zählenden Buchbindereien und Steindruckereien, an die mit wenigen Mark pro Woche entlohnenden Zeitungsausgeberinnen usw., und jeden ist klar, daß diese Unzahl von weiblichen Arbeitern ganz gewaltig die Lohnhöhe der eigentlichen Buchdrucker verringert, wenn man den Durchschnittslohn aller feststellen soll, wie es die Berufsgenossenschaften tun und auch gesetzlicher Vorschrift gemäß machen müssen. Warum hat Düwells nicht Berufsgenossenschaften zur Gegenüberstellung herangezogen, in denen die Frauenarbeit ebenfalls stark vertreten ist? Nun, weil es einfach nicht in seinen Kram paßte, weil er sonst nicht Gegenüberstellungen gegen die obige Tarifgemeinschaft hätte anstellen können! Wie wir in der Artikelserie „Jahresberichte“ (IV) in Nr. 75 ausgeführt haben, betrug der Durchschnittslohn bei allen 66 deutschen Berufsgenossenschaften im Jahre 1904 833 Mk., bei der der Buchdrucker war er aber pro 1904 um 207,22 Mk. höher. Und für 1905 ergab sich in der uns nahestehenden Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft (Steindruckereien, Buchbindereien) mit ebenfalls vielen weiblichen Arbeitern ein Durchschnittslohn von 879 Mk. gegen 1040,22 Mk. in der Buchdruckerberufsgenossenschaft. So bekommt die Sache schon ein andres Gesicht. Auch die Behauptung Düwells, der für die Buchdruckergehilfen an sich einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 1250 Mk. herausrechnet, bestritten wir auf ihre Richtigkeit, wenn wir auch trotz Anfrage bei der Berufsgenossenschaft keine bestimmten Angaben über das Mehr machen können, weil nach uns geborener Antwort keine nach den einzelnen Berufen oder nach Geschlechtern geführten Lohnfeststellungen vorhanden sind. Wenn weiter Düwells die Behauptung aufstellt, die Minimalsätze des Tarifes wären in der Praxis ja hoch die Maximalsätze des Lohnneinommens eines Buchdruckers, so können wir auch diese Ansicht widerlegen, und zwar angenehmerweise an der Hand einer allgemeinen Statistik des Tarifamtes für 1903, auf welches Jahr Düwells ja fußt. Danach wurden — NB. laut Angaben von Prinzipalen und Gehilfen! — von 36750 Gehilfen in gewissen Gelde, also Wochenlohn, nur 12187 zu dem jeweiligen Altersminimum beschäftigt, 22187 jedoch wurden über Minimum bezahlt, und zwar bis zu 1 Mk. 3855, bis zu 2 Mk. 4275, bis zu 3 Mk. 3875 und mit mehr als 3 Mk. 10182 Berufsgenossen. Herr Düwells, es ist also wieder nichts, ihre Paule hat ein großes Loch! Recht hat Düwells jedoch mit der Meinung, daß eine ansehnliche Heraufsetzung der Tarifpositionen diesmal notwendig ist. Gewiß, die ist nötig und die fordern wir ja auch. Wunder muß es aber nehmen, daß gerade Düwells als Prediger dieser unumgänglichen Notwendigkeit auftritt. Derselbe Düwells, der vor zwei Jahren in einigen Parteiorganen „haarscharf“ bewies, daß die fortgesetzten Lohnhöhungen eine nicht zu überschende Gefahr für die Allgemeinheit bilden, der auch in den hohen Gewerkschaftsbeiträgen eine Gefahr für die Allgemeinheit der Arbeiter erblickt, der sich mit seinem Theoretisieren über die „Grenzen der Gewerkschaftsbewegung“ einen gewissen, wenn auch nicht beneidenswerten Namen machte und die Politik unsers Verbandes mit „echter Zukunftsmannier“ („Neue Zeit“, 19. Jahrgang Nr. 49) auf eine Stufe stellte. Bruderbruder, dich kennen wir, dein Wohlwollen für die Buchdrucker „ziert“ ein Januskopf!

Ueber die in Vorbereitung befindlichen neuen Unfallversicherungsordnungen der deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft schreibt die „Buchdruckerwoche“: „Der neue Entwurf, der bereits vom Genossenschaftsvorstande unter Einziehung der Arbeitervertreter und in

Anwesenheit eines Vertreters aus dem Reichsversicherungsamte angenommen wurde, wird voraussichtlich mit Beginn des nächsten Jahres Gültigkeit erlangen. Sehr ausführlich sind in dem Entwurfe die Vorkehrungen zur Unfallversicherung behandelt. Ein großer Teil der Betriebsunfälle ist leider auf die Unachtsamkeit und Gleichgültigkeit der Arbeiter selbst zurückzuführen. Wichtig erscheint daher u. a. § 50, in dem gesagt wird, daß der Genuß alkoholhaltiger Getränke während der Arbeitszeit zu verbieten ist, und daß Betrunkenen für die Dauer dieses Zustandes von der Arbeit auszuschließen sind.“ Wir haben keine genaue Kenntnis von dem, was in München im Juni an neuen Unfallversicherungsordnungen für die Buchdrucker in dem Prinzip beschlossen worden ist. Wenn die zunehmende Unfallhäufigkeit aber mit dem Genusse von alkoholhaltigen Getränken während der Arbeit in Verbindung gebracht werden sollte, so glauben wir die Verhütung einer solchen Schlussfolgerung bestreiten zu müssen. Die Notiz der „Buchdruckerwoche“ ist zu unklar, um auf Grund dieser polemisieren zu können. Deshalb wollen wir die angeklagte Maßnahme des Alkoholverbotes so lange unerörtert lassen, bis zuverlässigere Mitteilungen über die geplanten Schritte vorliegen.

Engagierung auf telegraphischen Wege ist von jeher ein Täuschungsmittel der Druckereihändler gewesen, welche mit demselben Dummie für ihre meist arg rückständigen Arbeitsverhältnisse einzufangen wollen, weshalb bei derartigen Untelegraphieren stets die größte Vorsicht geboten ist. Auch die in der letzten Nummer des „Vor.“ so treffend abgemalte, unter Tillescher Oberherrschaft stehende Druckerei Hausen & Co. in Saarlouis mündet dieses immer noch nicht verbrauchte Mittel auf der Suche nach „tariffreien“ Gehilfen bzw. Nichtverbandsmitgliedern an. Uns liegen mehrere Telegramme und auch einige Briefe dieser bestrittenen Firma vor, die sich damit schon diverse Abfuhren holte. Hoffentlich wird in Zukunft in jedem Falle dieser Druckerei nach Gebühr geantwortet werden.

„Nichttraucher“ als Bezeichnung für Streikbrecher bereichert den Wortschatz der Titulaturen für solche Elemente zwar wieder um eine hübsche Nummer, aber diese neue Bezeichnung hat den Fehler, vor dem Strafrichter keine Gnade zu finden. Drei Stuktureure in Halle a. S. hatten bei einer Unterredung mit einem Unternehmer zwei Arbeitswillige als „Nichttraucher“ bezeichnet, weil sie durch Vermeidung des Ausbruchs Streikbrecher einer etwaigen Beleidigung jener Gentlemen aus dem Wege gehen wollten. Sie hatten sich in ihrer Vorsicht aber getäuscht, und ihr Gesicht nach Auffindung neuer und origineller Deklarationen fand vor dem Halleschen Schöffengerichte nur die Anerkennung, daß dasselbe auf Gefängnis von 10 bis 30 Mk. sprachte, fernermalen das Wort „Nichttraucher“ die Ehre der lieben Arbeitswilligen noch mehr herabzumindern geeignet sei. Arbeitswilliger, Schlichter, Geberichter, Heidelberger, Naberer, Nichttraucher dürfen wohl die gangbarsten Benennungen für die Sorte Menschen sein, die unter der Haupttribit Streikbrecher rangiert, von welcher Bezeichnung einer der in diesem Prozesse vernommenen Arbeitswilligen ganz zutreffend meinte, sie bedeute so viel als Verbrecher. Ein Verbrecher an ihren Mitarbeitern wie an ihren eignen Interessen begehen allerdings diese Stützen des Kapitals, ein schweres Verbrechen sogar.

Aus einer frommen Druckerei! Von der Ferienstrafkammer in Naumburg wurden drei Seckerlehrlinge der Druckerei des „Anzeiger für Eckartsberga“ zu fünf Monaten resp. einem Monate bzw. einer Woche Gefängnis verurteilt. Dieselben hatten sich Abbonnementsquittungen des genannten Blattes gedruckt und mit diesen in einer größeren Anzahl von Fällen den Quattalsabonnementsbetrag erschwindelt. Es handelt sich um die Druckerei des Eckartshauses und bei den Verurteilten um Fürsorgezöglinge, die diese Druckerei in nicht zu knapper Anzahl bedürfen. Ein Gefelle wird selten in dem Anstempel dieser Erziehungsanstalt für verwahrloste Knaben beschäftigt, die außer mit der Herausgabe eines Lokalblattes mit der Herstellung sehr vieler Privatdruckarbeiten beschäftigt ist. Wir haben es hier also auch mit einer Art von Gefängnisdruckerei zu tun, welche der freien Arbeit starke Konkurrenz macht, von der Anerkennung des Tarifes aber nichts wissen will. Die auf Vorstellungsvertrag unser Naumburger Vorstandes versprochene Antwort des die Anstalt leitenden Geistlichen steht wenigstens immer noch aus.

Ein ausgeriffenes Pärchen, von dem der männliche Teil ein 19 1/2 Jahre alter Schriftsetzer aus Breslau, der weibliche ein 16 Jahre altes Mädchen ebendaser ist, wurde in Berlin festgenommen, nachdem es daselbst 14 Tage als „Mann und Frau“ in Gasthöfen logiert und die von dem Mädchen der Mutter entwendeten 400 Mk. (Sparlassenbuch) so ziemlich klein gemacht waren. Der junge Mann wurde von der Polizei in Breslau wegen Entführung einer Minderjährigen verfolgt.

Ein entsetzlicher Unfall, der alle in den Maschinenfäden Beschäftigten wieder zur größten Vorsicht mahnt, ereignete sich neulich in einer Wiener Druckerei. Ein Hilfsarbeiter wurde nämlich von der Transmissionskraft und gegen die Decke geschleudert. Der Anschlag geschah mit solcher Wucht, daß dem Unglücklichen der Kopf total zerschmettert und abgerissen wurde.

Eine außerordentliche Generalversammlung wird vom Vorstande des Deutschen Faktorenbundes für den 22. und 23. September nach Berlin einberufen. Der von dem Prinzipalsverein auf dessen diesjähriger Tagung in München gefasste Beschluß, für jeden von den Vereinsmitgliedern beschäftigten Faktor einen Jahresbeitrag von

12 Mk. an die Kasse des Faktorenbundes zu leisten, bildet die Ursache der Veranlassung einer außerordentlichen Generalversammlung. Jener Beschluß hat nämlich keine zwingende Kraft, seine Befolgung bleibt jedem Mitgliede des Prinzipalsvereins freigestellt. Gegen diesen Charakter der in Aussicht gestellten Beihilfe wandte sich der Ortsverein Bosen des Faktorenbundes ganz energisch, er will einen festen, jeden Prinzipal verpflichtenden Beitrag ausgesprochen wissen oder aber ganz darauf verzichten. Die darüber hervorgerufenen Unstimmigkeiten und andere in diesem Bereiche liegende Gründe führten nun zur Anberaumung einer außerordentlichen Tagung.

Die Beendigung des Kampfes der Lithographen und Steindruckers ist, nachdem noch einmal vier Tage mit der Unternehmerorganisation Beratungen gepflogen waren, mit einem Resultate für die Gehilfenpartei erfolgt, das immerhin befriedigen kann. Die Berliner Lithographen und Steindruckers taten zwar enttäuscht, weil ihre speziellen Lohnforderungen nicht durchgingen, aber im Interesse des Ganzen erklärte man sich auch dort mit dem Ergebnisse zufrieden, zumal die Prinzipalsleitung gedroht hatte, wenn auch nur einer der 36 Aussperrungsorte die Friedensbedingungen nicht akzeptieren werde, der Kampf auf der ganzen Linie fortgesetzt werden würde. Wenn auch keine bestimmte Zusage gegeben wurde, alle Aussperrten wieder einzustellen, so lauten die von dem Prinzipalsvorstande abgegebenen Erklärungen einigermaßen verbindlich, daß Maßregelungen nicht geplant sind. In der heutigen Nummer können wir nicht näher auf Einzelheiten eingehen, werden den Effekt des langen Kampfes aber noch in der Gewerkschaftsüberblick erörtern. Im Laufe dieser Woche (in Berlin am Donnerstag) wird die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Zu der in Nr. 93 gebrachten Notiz über die Beurteilung des Redakteurs Erich Köpfer-Hez von der „Dresdener Rundschau“ wegen angeblicher Beleidigung des sächsischen Justizministers erhalten wir von diesem Herrn folgende Richtigstellung: Es ist unwar, daß es sich um eine Zuschrift eines früheren Richters handelt. Vielmehr stammt der fragliche Artikel von einem aktiven Landgerichtsrate. Auch der Schlussatzus Ihres Berichtes ist irrig. Nicht, weil von 193 Richtern nur 25 befördert worden sind, ist an dem Vorgehen des Justizministers Kritik geübt worden, sondern weil von den nach der Dienstaltersliste 191 ersten Richtern 164 übergangen worden sind. Die genaue Liste der Namen steht auf Wunsch zur Einsicht offen. — Wir bemerken zu dieser Zuschrift, daß wir in der Tagespresse die Angaben über diesen Prozeß so vorgefunden haben, wie wiedergegeben. Da sie unzutreffend sind, nehmen wir von der Richtigstellung gern Notiz.

Noch schlimmer wie in Deutschland sieht es in Desterreich mit der Bereitwilligkeit der Behörden zum Schutze der „gefährdeten“ Unternehmerinteressen aus. Bei uns kommt es immer noch recht häufig vor, bekanntlich auch in den letzten Wochen mehrmals, daß Militär zu Rauscherbeständen Verwendung findet. Die oberen Militärbehörden haben jedoch auf Anweisung meist sofort wieder derartige Maßnahmen auf. In Desterreich hat die Arbeiterschaft, wie nachfolgender Fall beweist, aber nicht einmal diesen schmalen Trost. In der Wäschefabrik Löwentstein & Napaporit in Przemysl sind die Arbeiter, etwa 100 an der Zahl, in den Streik getreten. Sie fordern eine bescheidene Erhöhung der Löhne. Die findigen Unternehmer wandten sich nun an das dortige Kreisgericht mit der unverschämten Forderung, ihnen Sträflinge als Streikbrecher zu stellen. Wie aus Przemysl gemeldet wird, hat der Kreisgerichtspräsident, der Abgeordnete Hugo Ritter v. Krolkowsky, dem Ansuchen willfährig und Sträflinge, die in dem Kreisgerichte ihre Strafe verbüßen, den Unternehmern als Streikbrecher zur Verfügung gestellt. Einer Deputation der Streikenden, die Herrn v. Krolkowsky wegen der schamlosen Begünstigung der Unternehmerinteressen und wegen des erbitternden Mißbrauches seiner Untergewalt. Vorstellungen machte, hat dieser Richter und Abgeordnete einfach erklärt, daß es bei seiner Verfügung bleibe.

Im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, in Amerika, ist die eigenartigste Kapitalkonzentrierung, nämlich ein Theatertrust, zustande gekommen. 24 der maßgebendsten Theaterdirektoren der Vereinigten Staaten von Nordamerika haben sich — mit einem Kapitale von 15 bis 20 Millionen Mark — zusammengetan, um alle in den Hauptstädten des europäischen Kontinentes erfolgreichen Dramen, Schauspiele und Opern zu erwerben und auszuführen. Der mit allen Wassern gelaufte amerikanische Theatergeschäftsmann will also die europäischen und die deutschen Autoren im speziellen unter anderer Flagge als bisher schöpfen.

Nach dem Statistischen Jahrbuche für das Deutsche Reich betrug die Gesamtzahl der Verzte in Deutschland im Jahre 1905 31041, der Zahnärzte 2192, der Apotheker 5703. Es kamen auf einen Arzt im Jahre 1905 1962 Einwohner, während im Jahre 1885 noch 2972 Einwohner auf einen Arzt entfielen. Auf eine Apotheke kamen im Jahre 1905 10627 Einwohner, 1885 10133 Einwohner.

Ueber den Alkoholismus als Todesursache informiert eine in einer medizinischen Wochenschrift für Berlin über das Jahr 1904 veröffentlichte Statistik. Alkoholismus wurde demnach festgestellt bei 4,7 Proz. aller männlichen, bei 0,5 Proz. aller weiblichen Todesfälle, am häufigsten bei Todesfällen an Leberkrankheiten. Ferner in 5 Proz. der Sterbefälle an Lungenschwindsucht, in 8 1/2 Proz. der Sterbefälle durch äußere Einwirkungen

